

Wohlstand u.s.

Einheitspreis 10 Danzig. Pfennige
mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennig

Danziger Volksstimme

Zeitungspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 1,- Gulden,
in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden
monatlich. Anzeigen: die Zeige, Seite 0,30 Gulden, Re-
klamegelle 1,- Gulden, in Deutschland 0,80 und 1,50 Gold-
mark. Abonnements- und Inseratenanträge in Polen
nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 152

Mittwoch, den 2. Juli 1924

15. Jahrg.

Die Konferenz in London.

Die Zulassung Deutschlands. — Frage der militärischen Sicherheit.

Da, wie uns aus London gemeldet wird, inzwischen fast alle Staaten die Einladung zu der Londoner Konferenz angenommen haben, kann der Beginn der alliierten Verhandlungen am 16. Juli endgültig als gesichert gelten. Die Dauer der Konferenz wird in Regierungskreisen auf voransichtlich mindestens zwei Wochen veranschlagt. Die britischen Dominien werden, um die Teilnehmerzahl der Konferenz nicht zu erhöhen, auf der Konferenz nicht vertreten sein. Ihre Interessen soll Macdonald vertreten. Er wird jedoch angesichts des in der letzten Zeit nachdrücklich ausgeschlossenen Wunsches nach aktiverer Beteiligung der Dominien an der britischen Außenpolitik eine engere Verbindung zwischen den Vertretern der Dominien und dem Außenministerium herbeiführen.

Die Form der Zulassung Deutschlands zur Konferenz ist noch nicht gefunden. Voraussichtlich wird der erste Teil der Konferenz ausschließlich mit Verhandlungen der Alliierten ausgefüllt. Nach erfolgter Einigung soll Deutschland eingeladen werden. Die Anwesenheit des deutschen Vertreters in London wird jedoch schon zu Beginn der Konferenz für zweckmäßig erachtet.

In maßgebenden Kreisen wird auf das bestimmteste versichert, daß die Verhandlungen keinerlei ultimative Charakter tragen sollen. Der Absicht, die Konferenz nur auf Beurteilungen über das Sachverständigungsgutachten zu beschränken, dürften nach der Auffassung maßgebender englischer Kreise große Schwierigkeiten entgegenstehen, da Frankreich deutlich seine Absicht zeige, die Frage der militärischen Sicherheiten und der Regelung der internationalisierten Schulden auf der Konferenz verhandeln zu lassen.

*

Der Ministerrat hat den General Walsh als Nachfolger des Generals Nollet zum Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin ernannt.

Günstige Aufnahme in England und Frankreich.

Die deutsche Antwort auf die Note der Botschafterkonferenz, die durch ihre muligen Konzessionen an die veränderte Situation nicht nur einen Akt politischer Klugheit darstellt, sondern auch in der Form ungewöhnlich glücklich ist, wird in den maßgebenden englischen und französischen Kreisen als ein Beweis für die Aufrichtigkeit des Willens der deutschen Regierung, den durch das Ministerium Herrriot freigelegten Weg der Verständigung zu betreten, im allgemeinen mit großer Genugtuung begrüßt.

Das Urteil der maßgebenden französischen Kreise über die deutsche Note dürfte in großen Zügen der „Temps“ richtig darstellen, der zunächst mit großer Befriedigung konstatiert, daß die deutsche Note keine jener Forderungen enthält, die ihr von den nationalistischen Blättern zugeschrieben worden waren. Die deutsche Regierung nehme nunmehr vorbehaltlos die Forderung nach einer Generalinspektion an, wovon alle Freunde des Friedens mit aufrichtiger Genugtuung Kenntnis nehmen. Was die Forderung anbetreffe, daß die alliierten Behörden sich wegen der Mobilitäten der Kontrolle mit Deutschland verständigen, so habe sie offenbar zum Ziel, Zwischenfälle zu vermeiden. Das werde leicht sein, wenn die zuständigen deutschen Stellen einige guten Willen an den Tag legten und vor allem die professionellen Agitatoren aufhören, das Publikum aufzuhetzen. Auf alle Fälle werde man die Kontrolle möglichst unverzüglich beginnen und so rasch als möglich zu Ende führen.

Von den englischen Zeitungen dürfte der „Manchester Guardian“ zweifellos die Meinung des großen Teiles des englischen Volkes wiedergeben, wenn er erklärt, daß die deutsche Antwort genügend und befriedigend sei. Die Begrenzung der Kontrolle könne von den Alliierten in dem von Deutschland geforderten Sinne angenommen werden und in Kürze eine Milderung der französischen Furcht bringen, denn es sei nicht wahrscheinlich, daß alarmierende Entdeckungen gemacht werden. Gegenüber der französischen Furcht vor illegaler Truppenausbildung stellt das Blatt fest, daß für eine Bewaffnung hente der Stand der Flüchtungsindustrie maßgebend sei. Hier werde das Ergebnis der Kontrolle zweifellos zufriedenstellend sein.

Neue Micum-Bereinbarungen.

Die deutschen Verhandlungen mit der Micum führten gestern nachr zu folgender Vereinbarung: Das Abkommen gilt vom 1. Juli bis zur Inkraftsetzung des Sachverständigungsgutachtens. Es kann jedoch beiderseits mit jedem Monatsanfang mit einer Frist von 10 Tagen gekündigt werden. Die Bereinbarungen des heutigen Vertrages sind dieselben wie diejenigen des Abkommens vom 15. April mit folgender Änderung: a) die laufende Kohlenförderung wird auf 75 Pf. festgestellt, b) die Eix- und Ausfuhrabgaben sowie die Zufuhr- und Abfuhrabgaben der Konzerne und Zechen werden auf die Hälfte herabgesetzt, c) die Bereitstabsgabe für Nebenprodukte wird auf 1 Prozent ermäßigt. Die Lieferung von Nebenprodukten wird auf folgende Hundertteile der Herstellung festgesetzt auf 10 Prozent für Benzol (wie bisher), auf 6 Prozent für Pech (statt wie bisher 10 Prozent), auf 8 Prozent für schwefelaromes Ammoniak und die übrigen Nebenprodukte (statt wie bisher 10 Prozent). Die unter a) bis c) festgesetzten Ermäßigungen erhalten rückwirkende Kraft vom 15. Juni an. Für die Streitzeit vom 1. Mai bis 7. Juni einschließlich, wird die für die Reparationsbrennstoffe zu liefernde Menge auf 27 Prozent der Nutzförderung der Zechen in diesem Zeitraum ermäßigt werden.

Der Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens hat die Gesetzgebung des vorliegenden Abkommens hat die

dass die Verlängerung des Abkommens für den Monat August von der Möglichkeit der Finanzierung abhängt. Sie wird in den nächsten Tagen mit der Regierung verhandeln und hat sich der Micum gegenüber vorbehalten, falls diese Verhandlungen eine Finanzierungsmöglichkeit nicht ergeben, den Vertrag alsdann zum 31. Juli zu kündigen.

Koalitionskrise in Preußen.

In der großen Koalition in Preußen sind zwischen der Volkspartei und dem Zentrum Differenzen ausgebrochen. Vom Zentrum wird die vom Finanzminister Richter (Volkspartei) ausgearbeitete Handelssteuer abgelehnt. Die Deutsche Volkspartei hingegen nimmt gegen verschiedene Verwaltungsgesetze Stellung und soll sogar den Austritt aus der Koalition erwogen haben. Es handelt sich dabei vorwiegend um die nach rechts tendierenden Bestrebungen in der Volkspartei, um die Sozialdemokratie auszuschließen. Der amtliche Presseinstand der Deutschen Volkspartei schreibt in der Krise: Ein großer Teil der Presse ergeht sich in Vermutungen und Behauptungen über einen bevorstehenden Austritt der Fraktion der Deutschen Volkspartei aus der großen Koalition in Preußen. Es ist bekannt, daß eine Reihe von Umständen vorliegt, die das Verbleiben der Deutschen Volkspartei in der bisherigen Regierung aufs Neuerste erschweren oder in Frage stellen. Das hierüber in der Fraktion eingeschlagen wurde, ist selbstverständlich. Beschlüsse sind jedoch noch nicht gefasst worden. Die Fraktion wird sich alles weiter vorbehalten.

Auch die „Germania“ beschäftigt sich mit der Koalitionsfrage in Preußen. Sie kommt auf Grund eingehender Erörterungen zu dem Schluss, daß die Vertreiber in der Fraktion nicht daran denkt, aus der Koalition auszuscheiden. Im übrigen schreibt das Zentrumsorgan: „Auch diejenigen Parteien, die

der großen Koalition nur mit einer gewissen Kühle schließlich haben ihre Zustimmung geben können, dürfen sich doch heute darüber klar sein, daß ihre politischen Leistungen erheblich waren und daß Preußen mit ihr und durch sie im gesamten übrigen Deutschland hat gewinnen können, wie man das bisher fast unmöglich halten mußte. Und es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß Preußen einzeln und allein dank der großen Koalition in all den ungeheuren politischen und wirtschaftlichen Krisen zur wahren Ordungszelle Deutschlands geworden ist und es bis zur Stunde bleiben konnte. Das bedeutet, außen- und innenpolitisch geschehen, was einmal festgestellt werden soll, eine Leistung, die man geradezu eine historische nennen kann.“

Deutschlands Finanzmisere.

In einem Interview, das der deutsche Reichsfinanzminister Dr. Luther dem Vertreter des „Rotterdamischen Kurant“ über die Finanzlage des Reiches gewährte, wies er u. a. darauf hin, daß das Reich bei einem Jahresumsatz von 8 Milliarden Mark nur einen Betriebsfonds von 60 Millionen Mark hat. Er betonte ferner, daß das Budget für 1924 einen Defizit von 470 Millionen Mark vorsieht und fügte hinzu, daß es nur durch größte Sparjämigkeit möglich war, bisher die Lasten zu tragen, die Deutschland durch die Belastung von Rhein und Ruhr sowie durch die Voreihaltung der dortigen Zolleinnahmen, Steuern usw. entstehen.

Der Damaskusbericht legt ausdrücklich dar, daß die deutsche Wirtschaft diese Lasten nicht aufzubringen vermöge. Die Lage der deutschen Wirtschaft beginnt sehr wirklich verzweifelt zu werden. Man muß angesichts der zahllosen Anträge auf Stützung oder Erlaubnis der Steuern mit größter Sorge in die Zukunft blicken. Am 1. Oktober 1924 wird das Reich einen Fehlbetrag von 140 Millionen Mark haben, zu dessen Deckung weder neue Steuern noch eine langfristige Anleihe möglich sind. In diesen Betrag nicht eingerechnet ist die jetzt notwendig gewordene Reichsbeihilfe für Reparationsleistungen der Autohöhlenindustrie im Juli. Die Reichsregierung beschloß diese Beihilfe nur, um der Welt zu zeigen, daß Deutschland zu äußersten Anstrengungen bereit ist, um das Sachverständigungsgutachten nicht zu gefährden.

Der Munitionsskandal im Hafen.

Polen gegen Sicherungsmaßnahmen. — Durchsichtige Agitation.

Danzigs Bevölkerung hat die Gefahr der Munitionstransporte in diesen Tagen in neuer verschärfter Form über sich ergehen lassen müssen. Abgesehen davon, daß die Munition schon aus sich heraus außerordentlich große Explosionsgefahren in sich birgt, soll bei der Föschung des Munitionsdampfers „Warta“ nach angeblich durchaus ernst zunehmenden Mittelungen auch mit evill. kommunistischen Anträgen zu rechnen gewesen seien. Gegen die auf Grund dieser Mitteilungen von Danziger Seite getroffenen Sicherungsmaßnahmen wird nun von polnischer Seite in scharfer Weise Sturm losgelassen. Sowohl die „Baltische Presse“ wie auch die „Gazeta Gdańska“ nehmen in fast übereinstimmender Weise gegen die von den Danziger Behörden getroffenen Sicherungsmaßnahmen Stellung und bezeichnen sie als übertrieben. Demgegenüber ist es notwendig noch einmal kurz die Tatsachen zusammenzustellen:

Bereits früher als der Hafenanbau die Danziger Behörden offiziell davon unterrichtete, daß um den 20. Juni ein polnischer Munitionstransport von etwa 500 Tonnen hochexplosiven Sprengstoffen auf dem Militärturmschiff „Warta“ im Danziger Hafen eintreffen werde, hatte der Chef der Militärturmschiff des Generalstabsministeriums der Republik Polen in einem persönlich an den Polizeiprääsidenten gerichteten Schreiben mitgeteilt, daß nach „vertrauenswürdiger Mitteilung“ auf diesen Munitionstransport von kommunistischen Anträgen zu rechnen gewesen seien. Gegen die auf Grund dieser Mitteilungen von Danziger Seite getroffenen Sicherungsmaßnahmen wird nun von polnischer Seite ein Attentat geplant sei. Sowohl der Hohe Kommissar des Völkerbundes wie der Präsident des Hafenausschusses hatten gleichlautende, in französischer Sprache gehaltene Andeutungs-Schreiben erhalten, die über einen Anschlag auf den Munitionstransport Mitteilung machen.

Es wäre eine Unverantwortlichkeit gewesen, wenn die Danziger Behörden daraufhin nicht die weitestgehenden Sicherungsmaßnahmen getroffen hätten. Diese Sicherungsmaßnahmen sind im einzelnen wie in jedem derartigen Falle von dem Polizeiprääsidenten dem Hafenausschuß zur Genehmigung vorgelegt worden. Nach eingehender Besprechung der gesamten Angelegenheit, bei der auch von der polnischen Delegation des Hafenausschusses die Größe der Gefahr anerkannt wurde, erklärte sich der Hafenausschuß mit dem Vorbringen des Polizeiprääsidenten und damit auch mit der Fortführung der Hafeneinfahrt für die Dauer der Arbeiten einverstanden.

Wenn von polnischer Seite auch die Föschung von Munition in anderen Häfen ins Feld geführt wird, so sind solche Vergleiche nicht ratschlägig. Es gibt keinen Hafen der Welt, in dem ein Kriegshafen unmittelbar innerhalb des Gebietes des Handelshafens liegt. Eine Entladung von Munition in einem Handelshafen, wie dies der Danziger Hafen ist, kommt daher in anderen Staaten gar nicht in Frage. Für wie gefährlich die polnische Regierung selber die Entlöschung der Munition ansieht, geht auch daraus hervor, daß sie hartnäckig daran festgehalten hat, auf keinen Fall die Föschung in Świdnica stattfinden zu lassen, und nicht einmal dazu zu bewegen war, den Eisenbahntransport sofort auf polnisches Gebiet über Świdnica zu führen, da dadurch die Gefahrstrecke auf polnisches Gebiet verlängert worden wäre.

Wenn jetzt die vorstehend teilweise auch von polnischer Seite mit veranlaßten Sicherungsmaßnahmen angegriffen werden, so kann das nur einer Verirrung entspringen, daß bestimmte polnische Pläne nicht in Erfüllung gegangen sind. Diese liegen zweifellos dahingehend vor, daß Polen hoffte, den Schuh des Hafens in diesem Falle übertragen zu erhalten und so zum einen seine polnische Militär nach Danzig zu bringen. Dieses soll in Dirschau sogar bereits

zur Verfügung gestanden haben. Der Verger, daß es nicht dazu kam, ist verständlich. Wenn von polnischer Seite jetzt auch selbst die kommunistischen Attentätspläne als weniger ernsthaft hingestellt werden, so läßt das die Vermutung offen, daß die Anzeichen darüber auch nicht ganz ohne Zusammenhang mit den polnischen Wünschen gewesen sind. Bedenkt man, daß die Danziger Bevölkerung froh sein, daß sie nach beiden Seiten vor Überraschungen bewahrt geblieben ist. Auch dieser Fall zeigt aber, daß mit diesen Munitionsexperimenten endlich Schluß gemacht werden muß!

Englands Sorgenkinder.

Aus verschiedenen englischen Dominions liegen bemerkenswerte Ereignisse vor. Entsprechend ihrem Wahlsieg über Smuts leben in Südafrika die hochkonservativen Nationalisten und die Labour Party ihre Koalition fort, indem zwei Labourführer, Creswell und Nondesi, in das Kabinett eintreten.

In Ägypten verstärkt Zaghlul seine Demonstration gegen die für ihn offensichtlich überreiche Tatsache, daß Macdonald ebensoviel wie die früheren Regierungen bereit ist, den Sudan preiszugeben, durch weitere harte Reden und ein Rücktrittsangebot, was der König von Ägypten ablehnte.

Aus Indien wird berichtet, daß die Differenzen innerhalb der Samrajapartei auf der Tagung des Exekutivomitees des allindischen Kongresses in Ahmedabad ziemlich dramatisch zutage traten. Während die gesamte Samrajapartei einig in der Ablösung der bisherigen Verfassung ist, sind die Aussichten der Ghandianen von den übrigen Gründen dadurch verhindert, daß Ghandi in einer langwierigen sozialen Entwicklung des indischen Volkes der Selbstregierung antritt, während die übrigen das indische Volk für eine rasche politische Aktion reif halten. Letztere Gruppe zerfällt wiederum in eine Minderheit, die sich von England lösen will, und eine Mehrheit, die bei rascher Gewährung der Selbstregierung im Gesamtreich zu verbleiben bereit ist.

Das eigenartige Programm Ghandis, dessen Zentralpunkt das Spinntrad ist, sieht beispielswise unter Strafe vor, daß jedes Mitglied der Exekutive täglich eine halbe Stunde Garn spinnen müßt. Dies lehnten die von Das und Nehru geführten Politiker als lächerlich ab und verließen mit 55 Anhängern die Versammlung, sodass Ghandi dort eine Mehrheit erlangte. Dagegen wurde die Strafandrohung aus der Resolution weggelassen, was den Weg für eine weitere gemeinsame Tagung eröffnet. Das praktische Ergebnis der Konferenz dürfte nicht sehr groß werden. In indischen Kreisen glaubt man, daß der Einfluss Ghandis allmählich sinken werde, weil er der praktischen Gegenwart nicht gerecht werde. Er erklärte bezeichnenderweise, daß er die Gewährung der Selbstregierung durch England nicht wolle.

Der deutsche Anteil an dem Außenhandel Lettlands. Nach den lettändischen Außenhandelsziffern betrug im April d. J. die Einfuhr nach Lettland 18.261.252 Lat (Goldfranken). Hierzu bestreit Deutschland rund 7 Millionen, Sovjetrussland 2½ und England 2½ Millionen Lat. Die Ausfuhr hatte einen Wert von rund 16 Millionen Lat, wovon Baren im Verein von rund 6 Millionen nach Belgien, für 5½ Millionen nach England und für 2½ Millionen nach Deutschland gingen.

Bertagung des Untersuchungsausschusses.

In der Dienstagvormittagsitzung wurde Regierungsrat Schimmel über die Verhandlungen im Versicherungsamt vernommen, sowie darüber, ob Beschwerden über die Feuerfasse des Herrn Dr. Funk laut geworden seien. Der Zeuge erklärt, daß in der kurzen Zeit, in der er den Amtsstellung des Senators Józefewski zugetragen worden war, die Beschwerden in der Feuerfasse ihm nicht zu Ohren gekommen sind, jedoch später nach Ausstreiten des Senators Józefewski aus dem Senat. Im übrigen kann er keine weiteren Aussagen machen. Regierungsrat Poll soll über das Schreiben des Dr. Biehm, das an Senator Józefewski persönlich gerichtet war, und welches die 20 000-Dollar-Angelegenheit betraf, Auskunft geben. Zeuge sagt aus, daß dieses Schreiben von der Präsidialabteilung ausgegangen sei und auf dem üblichen geschäftlichen Wege dem Senator Józefewski zur Vorlage gebracht sei, kann jedoch nicht bestimmt aussagen, ob J. dieses Schreiben bekommen hat. Zeuge J. weist auch auf einen in den Akten befindlichen Brief von der Direktion der Lebensgesellschaft hin, der auch direkt persönlich an ihn gerichtet, der ihm jedoch nicht persönlich zugestellt wurde, sondern auf dem geschäftlichen Wege durch seine Abteilung. J. weist auch weiter hin, daß dieser Brief am 28. 4. 28 abgesandt worden sei, es aber leicht möglich sei, daß die Überbringung verzögert habe und er am 6. Mai in Urlaub gegangen sei. Zeuge Poll ist der Ansicht, daß sich kaum ein Beamter wird entsinnen können, wer dies Schreiben des Dr. Biehm dem Senator Józefewski ausgehändigte habe. Bei der Genehmigung der Feuerfasse als öffentlich-rechtliche Körperschaft, die von Dr. Eschert erfolgte, als Senator Józefewski sich auf Urlaub befand, sei nach der Ansicht des Zeugen Poll ein Vergehen passiert.

Zeuge bestätigt weiter, daß Senator J. nicht die für die Versicherten besseren Bedingungen der "Danzig" bevorzugt habe, sondern bei der Frage der Vereinheitlichung der Versicherungsbedingungen extra betont habe, daß die für die Versicherten günstigen Bedingungen bei den "Danzig" bestehen bleiben sollten. J. habe auch erklärt, daß, wenn es nicht zu einer Einigung unter den Versicherungsgesellschaften kommt, der Vereinheitlichung der Versicherungsbedingungen frumme, er auf geschäftlichen Wege vorgehen werde. Es sei jedoch nicht dazu gekommen, da die Versicherungsgesellschaften sich geeinigt hätten. Zeuge ist nicht bekannt, daß Bestrebungen über die Vereinheitlichung des behördlichen Versicherten-Beirats im Gange waren. Zeuge J. steht nach den Akten fest, daß der behördliche Versicherten-Beirat im Dezember 1922 zu stande gekommen sei, während Senator Ketté behauptet habe, daß die Errichtung des Beirats erst später erfolgte. Die Errichtung eines Versicherten-Beirats sei notwendig gewesen, weil in der Freien Stadt Danzig ein

wüster Wettbewerb der Versicherungsgesellschaften eingetreten sei, da nicht weniger als 120 Versicherungsgesellschaften in der Freien Stadt Danzig bestehen, von denen nur ein halbes Dutzend Danziger Gesellschaften seien.

Abg. Evert (J.) fragt, ob der Kampf J. gegen die "Danzig" ein persönlicher oder sachlicher gewesen sei. Zeuge Poll sagt aus, daß J. nur sachlich tätig gewesen sei und nur in einer Sache gegen die "Danzig" den Vorwurf der Schiebung erhoben habe. Zeuge bestätigt, daß die Akten über die Gründung der "Danzig" verschwunden waren. Später sollen sie im Amtszimmer des Senators J. auf einem Aktenbogen gefunden worden sein.

Zeuge Poll kann auf Fragen von deutschnationalen Vertretern über die Vorgänge bei der Genehmigung der Umwandlung der Lebensversicherungsanstalt Westpreußen nichts Belastendes für Józefewski aussagen, die Genehmigung habe Dr. Eschert gegeben.

Als nächster Zeuge wird Regierungssinsektor Hildebrandt vernommen, welcher seinerzeit Sekretär von Józefewski war. Er soll Auskunft geben über die verschwundenen Akten der "Danzig" und des Biehmischen Schreibens. Zeuge sagt aus, daß die Akten über die "Danzig" mehrmals verschwunden waren. Einmal seien die Akten lange Zeit verschwunden gewesen, bis sie eines Tages in der Registratur wieder vorgefunden worden seien. Zeuge Józefewski sagt aus, daß er die Akten auf seinem Schreibtisch in seinem Dienstzimmer vorgefunden habe. Zeuge Hildebrandt erklärt, daß er die Akten aus der Registratur nach dem Amtszimmer des J. gebracht habe. Zeuge bemerkt auf Fragen, daß er nicht glaube, daß jemand mit Absicht die Akten habe verschwinden lassen, es wäre aber möglich, so erklärt er auf weitere Fragen des Abg. Dr. Brumke, daß auftretende Personen sich die Akten angeeignet hätten, da damals der Zutritt zu den Amtsräumen Unbefugten möglich war.

Zeuge, die ihn nicht erreichten.

Zeuge sagt ferner aus, daß er bei seinen öftersitzigen Nachsuchungen nach Akten in der Wohnung des Senators Józefewski, den fraglichen Brief des Dr. Biehm nicht vorgefunden habe. Es entsteht eine längere Auseinandersetzung, in welcher Abg. Schwemann die Ansicht verteidigt, daß der Brief bei Józefewski gelegen haben kann, während Józefewski hinweist, daß der Brief auch nicht am Tage des Abgangs vermerkt, den sonderbarerweise Dr. Biehm selber gemacht hat, während es sonst üblich ist, daß der Absendungsvermerk vom Registratur gemacht wird, abgesandt worden ist, sondern erst einige Tage später, als J. sich in Urlaub befand. Dr. Biehm habe auch als Zeuge zugeben müssen, daß er ein Protokoll, das die Abteilung Handel betraf, erst später angefertigt habe, als J. beurlaubt war. Abg. Schwemann (D. Rall) will fortwährend Feststellungen machen, welche die Zeugenaussagen gerade in das Gegenteil umzuführen versuchen, was vom Vorsitzenden Gen. Rathenau erneut aufzuweisen wird.

Nicht anzufindende Aktenstücke.

Vorsitzender Gen. Rathenau teilt darauf mit, daß die Präsenzliste über die Verhandlungen des Währungsamtes nichts aufzuweisen wäre, wie vom Senat mitgeteilt worden sei. Auch findet der Senat nicht, daß vom Untersuchungsausschuß ebenfalls eingeforderte Aktenstücke des Senators Volkmar mit der deutschen Reichsbank betreffend Veröffentlichung von staatlichen Noten und Domänen Volkmar soll auch von einem solchen Entwurf nichts wissen. Der Vorsitzende erläutert den Zeugen Józefewski, daß alle Akten von dem Oberregierungsrat Böttcher erledigt worden seien, der auch die Präsenzliste des Währungsamtes geführt habe. Bezüglich des Vertrages mit der Reichsbank behauptet Zeuge weiter, habe ein solcher Vertragsentwurf vorgelegen, der Volkmar in einer Senatsitzung vorgetragen habe. Gegen diesen Entwurf habe Zeuge Protest eingelegt, was zur Folge hatte, daß Zeuge nach Berlin gefahren wurde und einen neuen Vertrag abschließen habe. Er hatte eine von Sahm und Volkmar unterschriebene Tabelle, welche die Bezeichnung "Vorläufiger Vertrag dem Senat vorgelegt, und jedem Senator einen Durchschlag überreicht. Wenn nicht ein

solcher Vertragsentwurf des Senators Volkmar vorgelegen hätte, wäre er ja auch nicht in die Lage gekommen, einen neuen Vertrag abzuschließen. Der als Senatsvertreter anwesende Senator Dr. Frantek muss dann angeben, daß J. einen Durchschlag eines Dokuments den Senatoren vorgelegt hat. Es wird dem Senat aufgetragen, nochmals nach dem Verbleib der verschwundenen Aktenstücke nachzuforschen und sie dem Untersuchungsausschuß vorzulegen.

Angestellte Beeinflussung von Zeugen.

Abg. Dr. Brumke weist auf einen Widerspruch des Zeugen Józefewski hin, welcher in einem Schreiben an die Fraktionen des Volkstages bemerkte habe, daß er erst am Ende des Jahres 1922 Kenntnis von der "Danzig"-Angelegenheit erhalten habe, während aus den Aussagen von J. hervorgeht, daß er schon früher Kenntnis erhalten habe. Zeuge Józefewski bemerkt, daß er wohl verschiedene zu Ostern gekommen sei, daß er aber eine abschließende, insbesondere aktentümliche Kenntnis erst am Ende des Jahres 1922 erhalten habe. Das sei auch in dem Schreiben so gemeint gewesen. Abg. Schwemann (deutschnat.) erklärt, daß ihm Dr. Niehus vor der heutigen Sitzung gesagt habe, daß er (N.) zu J. nicht gesagt habe, daß er zu J. gekommen sei, um sein Gewissen zu erleichtern. Zeuge Józefewski bleibt bei seiner früheren Behauptung stehen. Dr. Niehus und Dr. Weisser setzen eines Tages zu ihm gekommen. Als Deckmantel diente eine andere Frage, doch sei die Sache sofort auf die Angelegenheit der "Danzig" gekommen. Bei dieser Aussprache sei von Dr. Niehus und Dr. Weisser auch gesagt worden, daß sie ihr Gewissen erleichtern wollten.

Abg. Bürgerle (deutschnat.) fragt den Zeugen Józefewski, ob es wahr sei, daß er im Laufe der Untersuchungs-

verhandlungen an Zeugen Briefe gesandt habe, in welchen er diese in ihren Aussagen zu beeinflussen versucht habe. Zeuge Józefewski erklärt, daß dieser Brief allgemein bekannt ist. Er habe nur an den Zeugen Twitsch nach dessen Aussagen einen Brief gesandt, in welchem er ihm vorgeworfen habe, bewußte Unwahrheiten ausgesagt zu haben. Dieser Brief hatte den bestimmten Zweck, Twitsch zu provozieren.

Klage vor dem ordentlichen Gericht zu erheben, um dort die Aussagen Twitschels als bewußte Unwahrheit bestätigen zu lassen. J. ist der Ansicht, daß durch den Untersuchungsausschuß keine Anschuldigungen nicht vollends klar gestellt werden. J. hat die Überzeugung, daß die ordentlichen Gerichte unparteiischer urteilen werden. Zeuge weist auch darauf hin, daß die Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß komödiantisch sind, da einzelne Zeugen ihre Aussagen schon geschrägt vor sich liegen hatten und die deutschnationalen Vertreter ein abgekartetes Frage Spiel getrieben haben.

Abg. Gen. Bauer findet es merkwürdig, daß Mitglieder des Untersuchungsausschusses während den Verhandlungen mit Zeugen in Verbindung treten. Vors. Gen. Mohr findet dieses nicht als sonderbar, da ein Untersuchungsausschuss doch anders sei, als wie ein ordentliches Gericht.

Abg. Dr. Brumke fragt den Zeugen Józefewski, ob er mit Abgeordneten der Linken über die Untersuchungsangelegenheit gesprochen bzw. ihnen Material gegeben habe. Zeuge Józefewski erklärt hierzu, daß ihn einmal der Abg. Dr. Kamitzer auf die bevorstehende Untersuchung hingewiesen habe. Hierauf verlagt sich der Untersuchungsausschuss auf unbestimmte Zeit.

Gedenkfeier für Rathenau.

Zwei Jahre sind vergangen seit dem Tage, an dem der große Deutsche Walter Rathenau den Augeln völkisch verherrlicht wurde. Umso schrecklich und leider auch vielfach nur sehr flüchtig-erfaßte Zeit hat es mit sich gebracht, daß die Leidenschaft solche erschütternden Ereignisse nur zu schnell vergaßt. Es war darum ein anerkennenswertes Verdienst der "Diga für Menschenrechte", ihre Hänger und Freunde zu einer Gedächtnisfeier für diesen großen Geisteslämpfer der Völkerverständigung und Bölferversöhnung zusammenzurufen. Der große Saal der Naturforschenden Gesellschaft jahrt eine stattliche Zahl Besucher aus allen Bevölkerungs- und Altersklassen. Feierliche Trauerweisen des Prinz-Cuartetts leiteten die Veranfaltung ein. Die Gedächtnisrede hielt die Führerin der demokratischen Jugend des Lagers, Alma Studi-Elsing. Sie zeigte ein umfassendes Bild des Menschen und Geistesheroen Rathenau. In vielen Einzelbildern gab sie Ausschnitte aus seinem geistigen Schaffen und legte die Stellung Rathenaus zu den Problemen der Zeit dar. Ihre wahrempfundene Ausführungen wurden durch fast zu zahlreiche Vorlesungen aus den Werken Rathenau vertieft. In dem stehend angehörenden Vortrag von Rathenau's Verkündigung des neuen Deutschlands klang der Abend aus, der treue Gedenken an diesen großen Kämpfer einer neuen besseren Zeit geweckt und gefestigt hat.

Ein Briesmorder.

Bei der zweiten Verhandlung des Schwurgerichts handelt es sich um die Unterschlagung von Einschreibebriefen mit Wertinhalt sowie um die Fälschung der Namen der Empfänger, begangen durch den ehemaligen Postaußenhelfer Bruno M. Nebel im Juli vergangenen Jahres. Der Angeklagte war geständig. Er wollte sich damals zur Zeit des Niederganges der deutschen Mark in sehr bedrängten Geschäftsläufen befinden. Erstwährend für seine Straftaten fiel ins Gewicht, daß er schon zwei Tage nach seiner Entfernung bei der Post mit den Unterschlagungen der Wertbriefe begann. Die Geschworenen fordeten M. zunächst, billigten ihm jedoch zulässige Umstände zu. Der Gerichtshof berücksichtigte bei der Strafumsetzung ebenfalls die dem Angeklauten angelasteten mildrenden Umstände, da es sich jedoch um einen artigen Beträusenbruch handelt, der das Interesse der Postbehörde schwer gefährdet, so sei die Strafe dann zu bemessen gewesen. Der Angeklaut wurde wegen Amtsunterschlagung und schwerer Urkundsfälschung zu einer Gefamstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Außerdem wurde M. die Fähigkeit abgesprochen, während der nächsten drei Jahre ein öffentliches Amt zu besetzen.

Schaps als Streifbrecher-Schuhkauf. Seit 14 Tagen kreisen die organisierten Gewerkschaften um menschenmündige Entlohnung. Die Welt-Panzer A.-G. Kreisrabatte 1914 weigert sich hörtäglicha, irgendeine Ausdehnung der sehr schlechten Röhre, die durchschnittlich 61 bis 70 Pf. beträgt, zu gewähren. Sie versucht mit allen Mitteln Streifbrecher heranzuziehen, was ihr bisher nicht gelungen ist. Am gestrigen Tage fanden sich jedoch vier festgestellte Gedanken ein, die in Begleitung von 9 Schuhbeamten auf den Fabrikhof geführt wurden, während die

Streikposten von denselben Schuhbeamten fortgewiesen werden. Der Deutsche Metallarbeiterverband erachtet die organisierte Arbeiterschaft, insbesondere die des Baugewerbes, im Interesse der streikenden Arbeiterschaft, jede etwa vorkommende indirekte Arbeit für die Welt-Panzer A.-G. zu verweigern und diejenigen Arbeiter, die etwa Geldschranken und Tressors dieser Gesellschaft transportieren oder bei den Banken einzubauen, reparieren usw. als Streikbrecher zu betrachten und zu behandeln.

Weitergehen!

Mit Wehmuth und Kestler Betrübnis los mancher brave Bürgermann vor einigen Tagen in Danzigs "gutgestimmt" Presse längere, anscheinend behördlich inspirierte Betrachtungen über das misstige Verhältnis zwischen Polizei und Publikum in Danzig. In anderen Ländern, deren Bewohner noch vor gar langer Zeit als Ausbunde aller Schlechtheit hingestellt wurden, sei das Verhältnis zwischen den Bürgern der öffentlichen Ordnung viel besser. Bürger und Polizei seien dort gute Freunde und seitdem sich gegenseitig Hilfe. Hier betrachteten weite Kreise die Polizei als eine feindliche Macht. Aufgabe des Artikelbeschreibers wäre es nun auch gewesen, die Ursachen dieses Zustandes aufzupören. Sie sind gar leicht zu finden. Ob der Verfasser niemals etwas gehört hat von polizeilichen Leberarresten und Arrestaumishandlungen? So manche Gerichtsverhandlung hat schon in diese Wachtstubenabenteuer hineingeleuchtet. Sie verdienen Beachtung — trotz der oftgelegten Freisprüche. Die Vorkommnisse sind natürlich nicht geeignet, ein Vertrauensverhältnis zwischen Polizei und Publikum herzustellen. Aber noch ein anderes kommt hinzu. Ein kleiner Zwischenfall, der sich am Freitagabend in der Tischergasse ereignete, ist typisch dafür und soll deshalb hier wiedergegeben werden.

Der unauffällig niederrückende Regen hatte eine Unzahl Passanten unter den Vorbojen reißen lassen. Plötzlich erschien ein Polizist, der den Eindruck eines Arbeiters machte, mit 3 jungen Leuten und forderte die Ausweispapiere, zwei Schuhpolizeibeamten gesellten sich hinzu. Ohne daß nun eine Veranlassung dazu bestand, brüllte der Civilist aus Leibeskraft los: "Weitergehen!", obwohl mir vom Bürgersteig aus die vor dem Regen geflüchteten Passanten den Vorgang beobachteten. Als sich jemand aus dem Publikum, in Erinnerung an den Hauptmann von Köpenick danach erkundigte, mit welcher Berechtigung er diese Aufrüttung an das Publikum richte, legitimierte sich der Schreier als ein abstaufelter Blauer. Selbstverständlich fühlte sich das Publikum dennoch brüllt. Anderdrücklich fühlte sich jedoch festgestellt werden, daß die beiden Schuhbeamten sich korrekt benahmen. Sie stellten die Namen der Missstäter fest und ließen sie laufen. Instinktiv, daß der ältere Polizeibeamte dem blutigen Kollegen zeigte, wie man mit Säubern und dem Publikum in vorbildlicher Weise verfährt, zeigte sich hier, daß der ältere von dem jüngeren Lernen mukte.

Dieser kleine Vorfall deckt die Ursache des Missverhältnisses zwischen Polizei und Publikum auf. Ein Polizeibeamter, der in England oder Frankreich mit harmlosen Passanten in dieser Weise verfahren hätte, ist dort unbedeutend. Er müßte sich dort andere für ihn passende Weichheit suchen. Dort Geselligkeit und Involverntheit — hier der alte preußische Kommissar und Neberheblichkeit. Solange dieses System in Danzig gebildet oder gar bestätigt wird, kann ein Vertrauen zwischen Publikum und Polizei nicht aufkommen.

Die Bestrafung von Beugeldern

war Gegenstand einer Diskussion im Danziger Mieterverein. Nach Mitteilung des Abg. Morawski beträgt die Zahl der Wohnungssuchenden bereits 12 000. Trotz dieser Wohnungsnutzen seien im April 20 Nämungsslagen verhandelt worden. Der Zugang an neuen Wohnungen ist nur gering: etwa 1200—1300 in den letzten 4 Jahren; wobei noch zu beachten ist, daß andererseits eine ganze Reihe Wohnungen wegen Baufälligkeit geschlossen werden mussten. Die wichtigste Frage in der Lösung des Wohnungshauproblems ist die Beschaffung der Geldmittel. Der Vortragende schlug zur Aufbringung der Beugelder folgende Wege vor: Eine allgemeine Abgabe vom Einkommen; Weitererhebung der Wohnraumsteuer; Erhebung einer Wohnung-Luxussteuer; Eintragung einer Zwangshypothek auf solche Grundstücke, deren Besitzer ihre früheren Hypotheken mit entwerteter Papiermark zurückgezahlt hätten; Aufnahme eines Darlehns von 25 Millionen durch den Senat; dieses sollte durch die vorerwähnten Zwangshypothesen garantiert werden.

In der Begründung dieser Forderungen führte Redner aus, daß eine Abgabe vom Einkommen gerechter sei, als eine solche nach dem Mietwert der Wohnung.

In der Aussprache wandten sich einzelne Redner gegen die Vorschläge des Referenten, und forderten, daß die für Wohnungsbauten erforderlichen Gelder, durch eine Vermögensabgabe oder durch eine Grundwertsteuer nach dem Muster von Anhalt aufgebracht werden.

Polnische Fracherverkehrsbestimmungen in deutscher Sprache. Der rege Geschäftsvorkehr zwischen Polen und Danzig macht es zur Notwendigkeit, daß die beteiligten Handelskreise sich eingehend mit den einschlägigen Gütertarif- und Beförderungsvorschriften der politischen Staatsbahnen vertraut machen. Dieses war bis jetzt in vollem Umfang nicht möglich, weil eine amtliche Übersetzung dieser Vorschriften in deutscher Sprache nicht vorhanden war. Das Eisenbahnministerium in Warschau hat nun eine amtliche Ausgabe der polnischen Güter- und Beförderungsvorschriften in deutscher Sprache herausgegeben und die biengie Staatsbahndirektion mit dem Verkauf beauftragt. Der Preis der Tafel I bis V dieser Vorschriften beträgt 16,50 Flot oder deren Gegenwert in anderer Währung und im Tarifbüro, Zimmer Nr. 124, der biengie Staatsbahndirektion erhältlich.

Wasserstandsnotizen am 2. Juli 1924.

| | |
|------------------------------|-------------------------------------|
| 30. 6. 1. 7. | Surzebrak . . . + 2,25 + 2,30 |
| Jawichow . . . + 1,58 + | Montauersp. . . + 1,74 + 1,61 |
| 30. 6. 1. 7. | Pielce . . . + 1,71 + 1,58 |
| Werkow . . . + 1,93 + | Dirichan . . . + 1,77 + 1,66 |
| 30. 6. 1. 7. | Einslage . . . + 2,27 + 2,25 |
| Plack . . . + 1,34 + | Schierwitzhorst . . . + 2,50 + 2,52 |
| 1. 6. 2. 7. | Regal: |
| Thorn . . . + 1,55 + 1,40 | Schönau O. P. . . + 4,12 + 6,18 |
| Fordon . . . + 1,69 + 1,51 | Golenberg O. P. . . + 4,58 + 4,56 |
| Cain . . . + 1,62 + 1,50 | Reichenberg . . . + |
| Grundenz . . . + 1,72 + 1,58 | Wronsdz . . . + |

Die Tagung des Z.d.A.

Vom 22. bis 25. Juni waren in Kassel die Delegierten des Centralverbandes der Angestellten zu einem Verbandstage versammelt. In seiner Eröffnungsrede konnte der Vorsitzende Urban den Sekretär des Internationalen Bundes der Privatangestellten Smith und Aufhäuser, den Vorsitzenden des AfA-Bundes, willkommen heißen. Wie er aus, und nach den schweren Erschütterungen der Inflationszeit schnell wieder erholt. Gerade diese Tagung zeigt, daß unsere Idee lebendig geblieben ist. Er schloß mit einem warmen Nachruf auf Franz Krüger, dessen wertvolle Arbeitskraft dem Verband geraubt ist.

Der Sekretär des Internationalen Bundes der Privatangestellten Smith gab einen Überblick über die Lage der Angestelltenorganisationen in den wichtigsten Ländern Europas. Noch immer steht

die deutsche Organisation an erster Stelle.

Keine andere ist so stark, so groß, so gut organisiert wie sie. Alle Brudergesellschaften im Ausland werden die Verhandlungen dieses Verbandstages mit Aufmerksamkeit verfolgen. Aufhäuser überbringt als Vertreter der AfA die Grüße der anderen freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände und erwähnt von dem zweiten Verbandstag, als dessen Vorsitzende Urban (Berlin) und Aufhäuser (München) gewählt werden, auftaktwichtige Arbeit.

In einer Geschäftsordnungsdebatte beantragte ein Delegierter die „Zulassung der kommunistischen Presse zur Berichterstattung“. Der Vorsitzende entgegnete, daß die kommunistische Presse, die die Bewegung systematisch mit Not bewerte, das Vertrauen nicht rechtfertigen würde, wahrheitsgemäß zu berichten. Der zurückgewiesene Vertreter der „Roten Fahne“ sei übrigens aus dem Verband ausgeschlossen worden. Der Antrag wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Urban, der den Geschäftsbereich erstattete, hob besonders die Unterstützung hervor, die der Verband in der Zeit der größten Not durch den Internationalen Bund der Privatangestellten erhalten hat. Infolge starker Arbeitslosigkeit, des Abbaus bei den Behörden und bei der Privatindustrie ist der Mitgliederstand zurückgegangen. Dennoch war der Verband imstande, einen weiteren Ausbau durchzuführen. Eine eigene Haushaltseret wurde eingerichtet, die Mitgliederkassenkasse erweitert und ein Erholungsheim an der Oder geschaffen, das im Juli den Betrieb aufnehmen soll. Die Gründung der „Freien Angestelltengewerkschaft“ in Berlin sei auf Streitigkeiten persönlicher Art zurückzuführen; der Verband sei daher bereit, dessen Mitglieder jederzeit wieder anzunehmen. Für die gemeinsame Arbeit zwischen AfA-Bund und ADGB erwartet Urban die Bildung einer Fachorganisation. Unvereinbar mit freigewerkschaftlichen Grundsätzen sei die Mittelschaft in völkischen und reaktionären Organisationen, die ihrerseits den Mitgliedern die Zugehörigkeit zum Z.d.A. verbieten haben. Schäfina Urban mit den kommunistischen Befehlen innerhalb des Verbandes ins Gericht, deren gewerkschaftsübereindringendes Treiben immer wieder den Beweis erbracht habe, daß mit den Kommunisten keine gemeinsame Arbeit geleistet werden könne. Unter lebhaftem Beifall der Delegierten konnte er die Forderung erheben, daß kein Mitglied der kommunistischen Partei zugleich Funktionär des Verbandes sein kann. Der Rest des ersten Tages war ausgefüllt mit dem Kassen- und Rentenbericht und mit kurzen Referaten über das aus verschiedenen Fachblättern bestehende Verbandsorgan, über die Neuausgestaltung der Pensionskasse des Verbandes und über die eingegangenen Vereinbarungen.

Unterbindung kommunistischer Berufspraxisarbeit.

Im Vorberatung der Verhandlungen des zweiten Tages stand ein Antrag Rataus-Berlin, daß Mitglieder der kommunistischen Partei und solche, die in deren Sinne tätig sind, nicht Verbandsfunktionäre sein können. Gegen diesen Antrag wandte sich Schäfina-Halle und Sorger-Berlin. Beide verurteilten den Versuch, die kommunistischen Mitglieder des Z.d.A. zu Mitgliedern minderen Rechts zu stempeln. Im Gegensatz dazu stellte Ratau fest, daß die Kommunisten systematisch und stellvertretend auf die Schädigung des Verbandes hinwirken. Nicht mehr von Idealen, sondern von einer brutalen Geschäftigkeit sei die K.P.D. heute bestellt. Im Verlauf der Debatte wird außer zu dieser Frage besonders eingehend auch zu den Differenzen in der Berliner Ortsgruppe des Z.d.A. Stellung genommen.

Eine Reihe von Delegierten, besonders Dr. Krauskampf-Mannheim, kritisieren das Verbandsorgan, dessen Inhalt den Ansprüchen der Mitglieder nicht genügt. Auch der Nachwuchsbereich widmet der Verbandstag seine Aufmerksamkeit. Nachreisende Delegierte fordern eine stärkere etatistische Einwirkung auf die Jugend, um zu verhindern, daß sich die Augenblicken den negativen Verbänden an-

schließen und um gleichzeitig einen fruchtbaren Nachwuchs für die zukünftige Entwicklung des Verbandes heranzubilden.

Gegen wenige Stimmen fand der Antrag Ratau-Berlin Annahme. Schäfina gab im Namen der kommunistischen Delegierten des Verbandstages die Erklärung ab, daß die kommunistischen Centralverbände ihre Pflicht als Gewerkschaft erfüllen würden.

Den geistigen Höhepunkt der gesamten Verhandlungen der drei Verhandlungstage bildet das Referat Schröders, des Verteilers der sozialpolitischen Abteilung des Z.d.A., über

„Die Sozialpolitik und die Angestellten“.

Wir stehen, so begann er seine Ausführungen, vor dem Zusammenbruch der deutschen Sozialpolitik. Die „gesunde Sozialpolitik“, die von den Führern der Großindustrie auf dem Industrietag dieses Jahres gefordert wurde, ist eine kapitalistische Parteipolitik und überhaupt keine Sozialpolitik. Jede wahrschafte Sozialpolitik muß auf die Überwindung der kapitalistischen Produktion und auf eine grundständliche Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaft hinzuwirken. In seinen weiteren Ausführungen gibt der Referent einen allgemeinen Überblick über die Entwicklungsgeschichte der Sozialpolitik. Der Staat als Sozialagentur, das ist die Voraussetzung für die wirtschaftliche Gefundung der Gesellschaft und für eine höhere Entwicklung der Kultur. Da dieser Auskunftsbericht mit dem Kapital wird die organisierte Angestelltenchaft eine bedeutsame Rolle spielen. Wenn sie sich emanzipiert von ihrer bürgerlichen Tradition, um in die große Front der schaffenden Arbeit einzutreten, so wird sie zu einem Träger des „konstruktiven Sozialismus“ werden. Einstimmig wurde beschlossen, daß mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat Schröder als Broschüre des Verbandes erscheinen zu lassen.

Darauf erfolgt der Bericht der Beschwerdekommission, die u. a. beantragt, zehn kommunistische Verbandsmitglieder der Ortsgruppe Berlin auszuschließen. Nach einer ausgedehnten Diskussion werden diese Anträge mit großer Mehrheit angenommen. Eine noch umfangreichere Debatte entwickelt sich im Anschluß an den Bericht der Satzungskommission, die viele Veränderungen organisatorischer Natur vorschlägt. Daneben spielt die Frage, ob die drei Beiträge abgebaut werden sollen oder nicht, eine große Rolle. Mit der Wiederwahl des alten Vorstandes schloß der Verbandstag.

Wirtschaft, Handel, Schiffbau

Herabsetzung der Kohlenpreise. In der Mitgliederversammlung der Ruhrkohle-A.G. in Essen wurden die Kohlenpreise um durchschnittlich 20 Prozent herabgesetzt. Die noch umfangreichere Beitragsfeststellung ist zunächst fallen gelassen worden. Man will abwarten, ob infolge der Kohlenpreisermäßigung eine Erhöhung des Abzuges eintrete.

Krisen-Wirkungen in der Ferne. Die Wirkungen der deutschen Krise auf dem Weltmarkt treten immer mehr in Erscheinung, besonders sind die englischen Woll- und Textilmarkte betroffen. Die Bradforder Industrie, die seit langem so etwas wie ein Konjunkturbarometer abgibt, ist äußerst schwach beschäftigt. Die Ursache wird auf die finanzielle Krise auf dem Kontinent zurückgeführt. Als Hauptpunkt der ganzen Lage erscheint die Notwendigkeit, den europäischen Abnehmern, die immer großen Bedarf haben, ausreichende Kredite zu gewähren. Nur unter dieser Voraussetzung rechnet man damit, daß zu den bevorstehenden Londoner Wollauktionen kontinentale, insbesondere aber reichsdeutsche Käufer in größerem Maße erscheinen werden. Der gesamte Wollmarkt, die Industrie einbezogen, macht zurzeit also eine empfindliche Krise durch und man erwartet eine Besserung nur in einer allgemeinen Währungsstabilisierung sowie in einer finanziellen Neugestaltung Deutschlands. Hinzu kommt noch, daß die Vereinigten Staaten zurzeit nicht in der Lage sind, als Käufer Hilfe zu gewähren, da sich ihre Nachfrage nach Rohstoffen und Halbfabrikaten im Mat und in der ersten Hälfte des Junes weiter vermindert hat und zurzeit auch nicht mit einer wesentlichen Befreiung zu rechnen ist.

Englische Klagen über russische Geschäftsmethoden. Sir John Hewett, der Vorsitzende der Russo-Caucaian Company, teilte den Aktionären der Gesellschaft mit, daß die Sowjetregierung ohne Angabe von Gründen angeordnet hat, daß die Gesellschaft innerhalb eines Monats aufzulösen sei. Die Auflösung ist im November 1922 erfolgt. Es handelt sich um eine private Gesellschaft, die über die Hälfte ihrer Gewinne an die Sowjetunion abführt. Tee und Textilwaren wurden eingeführt und russische Erzeugnisse dagegen ausgeschüttet. Während aber die Leistungen von englischer Seite etwa auf 30 000 Pfund Sterling kamen, konnten nur für etwa 10 000 Pfund Sterling russische Erzeugnisse ausge-

führt werden, weil die Sowjetbehörden stets Schwierigkeiten wegen der Ausfuhrerlaubnis bereiteten. So wurde z. B. der Ausfuhrzoll in einem Maile, ehe die russischen Güter den Hafen verlassen konnten, bedeutend erhöht. Nach dem Abgang des Schiffes wurde der Zoll dann wieder auf die frühere Höhe gesetzt. Die Gesellschaft mußte die Güter mit Verlust verkaufen. Vielfach wurde die Erlaubnis zur Ausfuhr überhaupt nicht erteilt, was in letzter Zeit allgemein der Fall war. Unter Solcherlei Schikanen, erklärte Sir John Hewett, sei es überhaupt nicht möglich, Geschäfte zu machen. Die Gesellschaft in der kurzen Zeit von einem Monat aufzulösen, sei auch unmöglich. Man werde wissen, daß die Vorräte in kürzer Zeit abgesunken seien und deshalb die Preise drücken. Von den Geschäftsmethoden der Sowjets habe die Gesellschaft genug kennen gelernt, und sie könne sich glücklich preissen, daß das ohne finanzielle Verluste geschehen sei.

Deutschlands Anteil am Welthandel gilt seit dem Krieg gewaltig zurück. Einige Zahlen sollen als Beleg hierfür dienen: Der Anteil Deutschlands an der Einführung Englands betrug 1913 10,46 Prozent der gesamten englischen Einführung, im Jahre 1923/24 (bis Ende März 1924) nur 3,08 Prozent. In der englischen Ausfuhr war Deutschland als Abnehmer statt mit 7,74 Prozent im Jahre 1913 mit nur 5,05 Prozent im Jahre 1923/24 beteiligt. In Schwedens Ausfuhr war Deutschland 1913 noch mit 21,9 Prozent, im Jahre 1922 dagegen mit nur 8,95 Prozent, 1923 nur mit 7,8 Prozent beteiligt. Die deutsch-holländische Grenze haben 1913 insgesamt 16,7 Millionen Tonnen Waren übertragen, während es 1922 nur 8,5 Millionen Tonnen waren, vom Jahre 1923 — dem Jahr der Niederschlagung — ganz zu schweigen.

533 Betriebsstilllegungen in Sachsen. Bei der sächsischen Regierung sind in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 230 und vom 1. April bis 21. Juni 253 Betriebsstilllegungen aus dem Lande gemeldet worden. Allein in den drei Wochen vom 1. bis 21. Juni sind 180 Stilllegungen zur Anzeige gekommen; täglich gehen noch weitere derartige Meldungen ein, durchschnittlich etwa 15 pro Tag.

Der Sturz der Dänencrone. Neben den neuen Sturz der Dänencrone ist man an der Kopenhagener Börse der Ansicht, daß er darauf zurückzuführen sei, daß die Regierung wegen der gestiegenen Devisenforderungen der Importeure sich gezwungen sah, große Mengen frei zu geben, um daraus den amtlichen Kurs zu senken.

Auch in London. Zwei große Nachkriegsgründungen, nämlich Cross and Blackwell sowie Harper and Row, vertraten die Neugestaltung ihrer Kapitalien. Erstere verlor 4 625 000 Pfund, letztere 4 545 000 Pfund. Die Aktionäre akzeptierten den Vorschlag der Verwaltung betr. Neugestaltung, die der zweiten weigerten sich, der Liquidation anzutreten und wählten ein Komitee aus fünf Aktionären, das mit den Direktoren zusammenarbeiten soll. Der Aussichtsrat erklärte offen, daß eine Liquidation keinen Penny ergeben würde.

Ablösung des Notenumlaufs in Frankreich. Der Wochenausweis der französischen Notenbank zeigt eine Abnahme des Notenumlaufs um 78 Millionen. Die Vorschüsse an den Staat sind unverändert geblieben.

Die italienische Elektrizitätswirtschaft. Italiens hat ein lebhaftes Bestreben mit sich gebracht, durch Ausnutzung der einheimischen Energiequellen vom Ausland unabhängig zu werden. Verstärkt wurde dieses Streben noch durch die Erfahrungen des Weltkrieges, 1898 liefersten die nutzbare gemachten Elektrizitätsquellen 86 000 Kilowattstunden; 1908 schon 425 000 und 1924 die bedeutende Menge von 1 750 000. Bis 1928 will man 2 250 000 erreichen haben. Dazu werden die großen Wasserkräfte von Südtirol nicht unbedeutlich beitragen. Allein auch die Kohlekraftwerke Italiens erzeugen gegenwärtig etwa 5 Milliarden Kilowattstunden.

10 000 neue Wohnungen in Wien. Die Stadt Wien, die unter sozialdemokratischer Leitung steht, wird im nächsten Jahre 10 000 neue Wohnungen bauen. Es kommen aber für diese Wohnungen nur Mieter in Betracht, die schon vor dem Kriege in Wien ortsfestig waren.

Suroff

gesamten Temperaturverlauf mit allen seinen Schwankungen in fortlaufenden Kurven sichtbar macht. Ein Vorteil dieses neuen Verfahrens liegt auch in dem Umstand, daß der Patient nicht belästigt wird; der Apparat kann sogar während des Schlafes beim Patienten befestigt werden. Das Prinzip besteht darin, daß eine kleine Platinspirale unter dem Einfluß der wechselnden Körpertemperatur ihren elektrischen Widerstand fortlaufend ändert! Diese Widerstandsänderungen rufen ihrerseits entsprechende Änderungen der Stärke eines die Platinpirale durchfließenden Stromes hervor, die dann auf einen Kaplerstreifen übertragen werden. Die Ringe der Schraube, welche die Spirale beim Anspannen mit dem Registrierapparat verbindet, spielt keine Rolle. Man kann also jedes Bett, wenn man will, etwa nachts, mit dem Zittern des Arztes verbinden, wo dann die Registrierapparate vereinigt sind; ja, die Neuordnung ermöglicht es sogar, das Lieber- oder Unerstreichen einer kritischen Temperatur mit dem Arzt oder der Nachwache durch ein Klingelzeichen sofort anzumelden.

Abschaffung des unentbehrlichen Schulunterrichts in Moskau. Vom Beschuß der Moskauer Volksbildungsbeteiligung wird voran in den Moskauer Schulen der ersten und zweiten Stufe Schulgeld erheben, dessen Höhe von den Einkünften, der Kinderzahl, sowie der sozialen Stellung der betreffenden Eltern abhängt. Bereits sind vor der Zahlung von Schulgeld: Militärdienste, Anwaltschaft, Lehrer, registrierte Arbeitslose, Arbeiter mit einem Jahreseinkommen unter 80 Rubel und Waisen. In den Schulen der ersten Stufe beträgt das Schulgeld bei Personen mit einem Jahreseinkommen bis 100 Rubel 1 Rubel monatlich und steigt auf 10 Rubel bei einem selben von mehr als 200 Rubel. In den Schulen der zweiten Stufe beträgt das Schulgeld im höchsten Falle 15 Rubel.

Scharfe Patronen in einem Theaterrevolver. Im jüdischen Theater in Bielostok ereignete sich während einer Aufführung ein schwerer Unglücksfall, der die ganze Stadt in große Aufregung versetzte. Es wurde ein Stück gespielt, in dem leicht eine Szene der Held die Helden niedergeschlagen hat. Auf unangemessene Weise war dem betreffenden Schauspieler dazu ein scharf geladener Revolver überreicht worden. Der Schuß fiel und löste im Zuschauerraum einen gewissen Delia. Die Untersuchung ist im Gange.

Borgschildlicher Hund in Sibirien. Im Mittelpunkt der Stadt Omsk in Westsibirien wurde bei Erdarbeiten das Skelett eines Mammut ausgetragen. In Sibirien sind bekanntlich die meisten Mammutreste gefunden worden.

Vom „anderen Amerika“.

Von Adele Schreiber.

Langsam nähert sich das Schiff dem Neuseeland. Im dünnen Nebel des dunkelnden Abends sieht man nichts als Tauende von Lichtern an unzähligen Fäden hoch am Himmel aufgehängt, frei in der Luft schwappend — es sind die Fenster der im Dunkel nicht erkennbaren Wolfensträger. Unwirklich, feenhafth, dieser erste Eindruck der unerbittlich wirklichen Geschäftstadt New York, der unzählig übervölkerten Insel Manhattan, die auf einem Raum so viel Menschen zusammenträgt, wie ganz Schweden hätte!

Wie etwa Berlin zu Dinkelsbühl oder Rothenburg o. d. Tauber verhält sich der Verkehr New Yorks zu dem Berlins! Licht in allen Farben, in unbegreiflicher Fülle, sich überbietende Werbetafeln, billigste in unerträglicher Spektakel. Großartige Bevölkerung der Verkehrsstadt macht Unglaubliches möglich — man sieht sich wundern.

Nahe europäische Begriffe und Maßstäbe dagegen, sie passen in keiner Welt! Alles ist anders, überhaupt kaum vergleichbar. Nur 6 bis 10 Tagereisen entfernt — dennoch auch hente noch, die Neue Welt, die junge Nation, die vor unseren Augen wird, ihre Pragung nach lange nicht abgeschlossen hat. Eine gefühlvolle Frau von 30 Jahren feierte ihren Geburtstag. „50 Jahre sind ja noch gar kein Alter“, tröstete sie ihre Bewunderer. „Stimmt“, erwiderte die Weiseiterin, „für eine Kathedrale nicht, aber für eine Frau!“ So relativ ist's bei der Nation — Jahrhunderte, ein paar Generationen — Kindheitzeit erst! Dazu kommt der nie versegende Strom der Einwanderung, er läßt keine Rast, keine Auffällung erkennen.

Man begreift den Kampf um die Bevölkerungsfestigung dieses Raumes, der sonst, besonders jetzt, getrieben von der Not des zerstörten Europa, vom Expansionstreben überwölkerter Amerika völlig überflomen würde. Man begreift das oft übermäßig starke betonte Nationalgefühl, während Jahrhundertealte Verknüpfungen mit dem Stammland darob ausgelöscht werden. Jüngstesem Klima mag dieses Land haben, um die zahllosen verschiedenartigen Bevölkerungsgruppen miteinander zu ver-

schwecken. — so treibt denn alles auf Amerikanisierung zu — Politik, Presse, Schule!

Die Sozialistische Partei, verhältnismäßig klein, hat durch kommunistische Versetzung schwer gelitten; sie ist überdies in ihrer Entwicklung sehr durch die Schnelligkeit, mit der sich noch immer der Aufstieg von einer Klasse in die andere vollzieht, gehemmt, so daß im wesentlichen das Proletariat sich aus den Fremden, aus neuen Einwanderern aller Länder, denen selbst das einzigende Band der Sprache fehlt, besteht. Aber ohne Kenntnis des Wortes „Sozialismus“ breiten überall Bestrebungen, die ihrem Wesen nach sozialistisch sind, fort, ob sie nun für „Public Ownership“ (Gemeinschaftseigentum) oder für „Industrial Democracy“ eintreten, ob sie sich als „radicals“ oder als „liberals“ nicht nach dem Begriff politischer Liberaler, sondern im Sinne „freies“ oder „sozialistischer“ bezeichnen. Sie sind antifaschistisch, antifaschistisch, für Volksregierung, Volksrecht, Volksrecht, Volksfrieden in weitestem Umfang.

Der amerikanischen Eigenheit entsprechend fällt auch der Kirche eine wesentliche Aufgabe bei der Erziehung zu fortwährendem Denken zu. Die Kirche als Gemeinde bemüht sich, den Kreis der ihr Nahestehenden in all seinen Interessen an sich heranziehen, als Zentrum religiöser, musikalischer, geistlicher, fürsorgerischer, geselliger Bestrebungen, je nach ihrer Richtung von konservativ-orthodox bis zu revolutionär-revolutionär. So steht die Kirche in ihrer Kirche „St. Marks in the Bowery“ alljährlich in ihrer Kirche altgriechische Tänze in leichterer Gewandung vorführen, zur Freude von Kindern, zum Karneval strenger Vorwurf, die ihnen erübrigen, ichierisch nachziehen zu müssen. Kino und Vortrag haben in der Kirche längst Heimatreden erworben, hinsichtlich der Ausbildung von Rednern verschiedenster Anschauung und Bekennnis herrscht viel Toleranz. Unter Einhaltung alter Formen sind manche Kirchen Brunnepunkte freiheitlichen Kampfes.

Noch hält das amerikanische Großkapital, das sich in Wallstreet verkehrt, die Macht in Händen — lächerlich wäre es, dies zu verkennen. Aber so wie neben dem Frankreich, Frankreich, das andere Frankreich“ steht da war, zwar zeitweise zur Schmach verurteilt, dennoch nicht auf die Tochter zu unterdrücken, so wähnt auch drüben „das andere Amerika“, das der großen Menschheitseide herrschend.

Das Lieberthermometer veraltet? Die bisherige Ermittlung des Temperaturverlaufs bei Kranken gab sozusagen nur Stichproben. Diesen Mangel soll wie „Die neue Welt“ mitteilen, ein elektrischer Registrierapparat beseitigen, der den

Eine Bekehrung.

In seiner Jugend war Richard Strauss, der jetzt Sechzigjährige, von der Musik Richard Wagners nichts weniger als entzückt. Vielleicht war dabei auch der Einfluss seines Vaters Franz Strauss, des ausgezeichneten Hornisten des Münchner Hoforchesters und scharfen Gegners Wagners, von Bedeutung. Tatsache ist jedenfalls, daß der junge Strauss, als er schweinjährlig zum ersten Male den „Siegfried“ hörte, davon so enttäuscht war, daß er seinem Freunde Thuisse, dem späteren Komponisten, schrieb: „Die Einleitung besteht aus einem A-Dur-Gesäusel der Geigen in den höchsten Lagen, was zwar klug, aber furchtbar läßt und krankhaft, wie die ganze Oper; nur die Handlung ist schön.“ Im selben Jahre hatte er Gelegenheit, den „Tristan“ zu hören; auch diesmal verhielt er sich der Musik gegenüber völlig ablehnend und äußerte sich Thuisse: „Du kannst sicher sein, in zehn Jahren wird kein Mensch mehr, wer Richard Wagner ist.“ Im Jahre 1878 hörte Strauss im Münchner Hoftheater, fünf Stunden in furchterlichstem Gebränge stehend, den „Siegfried“. Diesmal gab er seinen Eindruck in einem längeren Brief an

Thuisse wieder, in dem es unter anderem heißt: „Gelangweilt habe ich mich wie ein Mops, daß ich's Dir gar nicht sagen kann, es war schrecklich. Von zusammenhängenden Melodien keine Spur. Ich sage Dir, eine Unordnung, daß Du Deinen Begriff machen kannst... Die Geigen erschöpfen sich in ewigen Tremolos, und das Blech in Geigenpassagen, und sogar das Blechfördino hat Wagner angewandt, um nur alles recht schrecklich und infam zu machen. Wir haben die Ohren gewöhnt von diesen Abgüssen von Alforden, wenn man sie überhaupt noch so nennen kann, und der letzte Akt ist langweilig zum Verzerr... Das einzige, was wenigstens gekommen ist, war der Gesang des Waldvogels. Der Anfang des dritten Aktes ist ein Vorm zu Ehrenzerethen. Das Ganze kann man in hundert Tafeln ausdrücken, denn es ist immer das Gleiche, immer gleich langsam, immer gleich langw... Schrecklich, unmöglich!“

Der erste aufende Eindruck, den Strauss von der Größe Wagners erhielt, war denn auch kein misslicher, sondern ein rein idensther: die Verwandlung des Bewußtseins in das Wartburgtal. „Tristan“ war ihm, wie bereits erwähnt, ein absolutes Chaos. Interessiert griff er dann (1880 und 1881)

zur Orchesterpartitur, und aus ihr ging ihm die Erkenntnis der fühlertischen Vollendung des Werkes auf. Tage und Nächte studierte er die Partitur heimlich, in wachsender tiefer Ergriffenheit. Richard Strauss hat sich also das Verständnis Wagners erarbeitet, und als er selbst, in Meiningen, Weimar und München, daran gehen muhte, Wagners Bühnenwerke zu dirigieren, tat er dies mit größter Gewissenhaftigkeit und heiliger Ehrfurcht.

Ständige Zunahme der Zeitungen und Zeitschriften. Wie aus dem 7. Nachtrag zur Zeitungswirtschaft vom 10. Mai d. J. hervorgeht, haben die politischen Zeitungen und Zeitschriften wieder um 244 zugenommen, denen 94 Löschungen gegenüberstehen. Die Nachträge 2 bis 6 enthielten 1457 Neuerscheinungen und 334 Löschungen. Zusammen mit dem 7. Nachtrag kommen für die Zeit von Anfang dieses Jahres bis Anfang Mai 1701 Neuercheinungen und 478 Löschungen in Frage. Die Zunahme beträgt somit 1223 Zeitungen und Zeitschriften. Der gegenwärtige Gesamtbestand beläuft sich auf 9684.

Stets das Neueste

Max Fleischer Nachflg.

Danzig, Große Wohlwebergasse Nr. 9-10

Telephon Nr. 755

Größtes Spezialhaus für Damen- und Kinder-Konfektion.

Osteuropäische Bank

A.-G.

Danzig, Langer Markt 3
Tel. 5883-5891 u. 391

Kaufhaus Selonka

Häkergasse 13
Konfektion, Weißwaren, Schuhe und Arbeitsachen

D. Lewinsky

G. m.
b. H.

Danzig, Langer Markt 2

Mechanische Kleiderfabriken

Solinger Stahlwaren

kauft nun bei
EWALD VETTER NACHF., DANZIG

Telefon Nr. 8045 Inhaber: KURT MORITZ Breitegasse Nr. 6

CLAUSEN & STRYKOWSKI

Danzig, Weißmönchen-Hintergasse 12

Lager von Teppichen / Möbelstoffen / Divandecken
Dekorationsstoffen / Seidenlampen usw.

Engros = Export

Generalvertreter erster Textilwaren-Fabriken

Exportverband der Polnischen Textil-Industrie, Lódz

Repräsentation: Ferdinand Specht
DANZIG - 11 Handegasse 11 -

Julius Goldstein

Johengasse 2-4, gegenüber der Markthalle

BILLIGSTE BEZUGSQUELLE

für Kno., Weiß- u. Wolwaren, Herren- u. Damenkäthe, Unterlagen, Schu-

Gebr. Heydasch

Fernspr. 1654 Wein- u. Spirituosenhandlung Fernspr. 1654

abhol-

Fab. u. Flaschengewine / Feinspät / Amtak, pur / Cognac, pur
Jamaika-Rum, pur / Weinbrände / transit und verzollt



BORG Zigaretten

preisgekrönt

bevorzugt der Kenner

Geschäftliche Rundstau mit Dauerfahrplan Meisterschutz!

B 2)

Danziger Fernverkehr.

Danzig Hbf. — Direktzug und zurück.

Danzig ab 39, 169, 63, 109, 114, 10, W 35, D 69, D 65, D 71,

D 89, S 12, 169

Direktzug ab 49, 1—, 72, 115, 1—, 25, W 32, D 64, D 72, S 21,

D 85, S 12, 115

Direktzug ab 123, 49, W 72, 1—, D 74, 72, D 67, D 97, 94, D 103,

18, 1—, 52, S 22

Danzig ab 15, 69, W 72, 1—, 81, D 81, 90, D 82, D 90, 119, D 111,

31, 1—, 71, S 22

Es bedeutet: D = D-Zug, T = Triebwagen, 1— = Fahrt nur bis Hohenstein.

E. G. Gamm's Kernseife

Seifenpulver und Bleichsoda

bekannt und bewährt Ueberall erhältlich

Drucksachen

verlegt an

L. F. & A. S. S.



**SCOT'S
EMULSION**

Jewelowski-Werke A.-G.

DANZIG-LANGFUHR, HAUPTSTRASSE 96

Telephon: 3870, 5490-5495 - Telegramm-Adresse: Dapholz

Holz-Import :: Holz-Export

Eigene Sägewerke: Konojady (Konojad), Biskupiec (Bischofswerder)
Wierzchucin (Lindenbusch), Osie (Osche), Sauermühle (Zur Mlyn).

Pommerellische Akt.-Ges. „TKANINA“

Grudziądz — Polen
TEXTILWAREN EN GROS

Filiale: DANZIG, Handegasse Nr. 93

Ständiges sortiertes Lager in Woll- u. Baumwollwaren

Dieser Stiefel stellt
jeden Käufer zufrieden!



Salamander

Danziger Nachrichten

Unmeldeschluß für Ruhrkinder.

Die Anmeldeliste für die Aufnahme von Kindern aus dem Ruhrgebiet ist mit dem gestrigen Tage geschlossen worden. Weitere Anmeldungen können nicht mehr entgegengenommen werden, da mit dem Transport der Kinder begonnen werden muss.

Die Pflegeeltern erhalten rechtzeitig Nachricht, wann die Kinder hier eintreffen, ebenso auch Verhaltungsanweisungen.

Allen Kollegen und Kolleginnen, die sich zur Aufnahme dieser Kinder verpflichtet haben, besten Dank.

Der Vorstand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes in der Freien Stadt Danzig.

J. A.: Paul Kloßowksi.

Der Leidensweg zweier Arbeiterfamilien.

Der Besitzer August Conring aus Schüddelkau hatte gegen die Arbeiter Stanikowski und Marx, die mit ihren Familien zwei Einwohnungen bewohnten, Klage beim Amtsgericht wegen Räumung der Wohnungen erhoben. Das Amtsgericht verurteilte die beiden Arbeiterfamilien zur Räumung der Wohnungen, falls ihnen andere Wohnungen zugewiesen würden. Beide Arbeiter waren in der Siegelstrasse an der Halben Allee beschäftigt. Am Montag, den 16. Juni d. J. wurden plötzlich, in Überraschung der beiden Arbeiter, deren Möbel raus durch Arbeiter des Besitzers Conring und wie uns mitgeteilt wurde unter Zustimmung des Amtsvorsteher von Schüddelkau, in das dortige Gefängnis ins geschafft. Alle Proteste der beiden Frauen wurden zurückgewiesen. Beide Familien, eine hat acht Kinder, die andere 6 Kinder, waren dann bis abends 10 Uhr obdachlos; erst dann fanden sie auf einem Strohlager ein notdürftiges Unterkommen.

Der Amtsvorsteher von Schüddelkau ließ dann am Dienstag, den 17. Juni, die Sachen der Familie St. nach Al. Kelpin schaffen, wo sie unter freiem Himmel abgeladen wurden und bis Donnerstag, den 19. Juni, liegen blieben. In Al. Kelpin sollte eine kleine Wohnung frei sein; diese wurde aber von einem jungen Handwerker als Werkstatt benutzt und war vollständig baufällig und unbewohnbar. Um endlich ein Unterkommen für seine große Familie zu haben, erklärte sich St. bereit, diese Wohnung zu beziehen, wenn sie hergerichtet werde. Der Gemeindevorsteher von Nenken, der für Al. Kelpin auständig ist, lehnte aber die Räumung und Übergabe der Wohnung an St. ab, weil in Schüddelkau noch leerstehende Wohnungen vorhanden seien. Nun lagen die Möbel um der Familie St. immer noch im Gefängnis von Schüddelkau und die Sachen der Familie St. unter freiem Himmel in Al. Kelpin. Beschwerden der beiden Arbeiter, die inzwischen beim Landratsamt des Kreises Höhe auf sofortige Räumung einer Wohnung hin vorstellig geworden waren, blieben ohne Erfolg.

Der Amtsvorsteher von Schüddelkau bot den Arbeitern jetzt Wohnungen in Kahlbude an, dort seien zwei neu gebaute geräumige Wohnungen. Auch für Beschäftigung sei gefragt, auf der Tafelverre könnten sie sofort anfangen. Auf Grund dieser Auskunft erklärten sich die Arbeiter dann mit dem Umzug nach Kahlbude einverstanden. Donnerstag abend trafen beide Familien mit ihren Sachen in Kahlbude ein.

Hier stellte sich heraus, daß der Amtsvorsteher die Arbeiter in niederräufigster Weise hintermänen hatte. Die angeblich neu gebauten Zweizimmerwohnungen waren nichts anderes als eine gewöhnliche Bretterbude, bestehend aus 1 Zimmer in der Größe von 8,75 Meter im Quadrat und einer kleinen Küche. Die Innen- und Außenwände sowie Dach und Fußböden bestanden nur aus 1 Zoll dicken Brettern, die von außen mit Dachpappe und von innen mit einer grauen Papierpappe beklebt waren, also nicht einmal als Viehhäusle zu gebrauchen ist. Die beiden Arbeiter lehnten es denn auch ab, diese Baracken zu beziehen und verlangten, daß ihre Sachen nach Schüddelkau zurückgeschafft werden. Merkwürdigweise war aber der Landräger von Hößlau, der in der Gemeinde Kahlbude gar nicht ansässig ist, mit dem Transport ebenfalls angekommen. Dieser sonderbare Herr, der eine eigentümliche Auffassung von seinen Amtshandlungen zu haben scheint, verlangte nun energisch, daß die Sachen abgeladen würden. Dieses lehnten die Arbeiter natürlich ab, worauf der Landräger die mitfahrenden Amtsbeamten beauftragte, die Sachen abzuladen, was dann auch unter dem Vorwand der Wohnungsaufzehrung geschah. Die beiden Familien waren so gezwungen, diese Notbaracken zu beziehen. Wie gefundehitschädlich diese Baracken sind, geht schon daraus hervor, daß sich bei Sonnenchein eine furchtbare Hitze und Gestank von der Dachpappe in der Wohnung entwickelt, so daß die Frauen gezwungen sind, die Kinder ins Freie zu legen. Bei Regenwetter wiederum schlägt die Nässe so stark durch, daß die Frauen Eimer und Töpfe aufstellen müssen, um das Wasser aufzufangen.

Als die beiden Arbeiter sich nun an der Tafelverre um Arbeitsbeschaffung meldeten, stellte sich heraus, daß der Amtsvorsteher sie auch hierüber bestimmt hatte. Die beiden Arbeiter erhielten trotz vieler Bemühungen in der ganzen Umgebung keine Arbeit und liegen nun mehr der öffentlichen Fürsorge zur Last.

Die Gemeindeverwaltung von Kahlbude, die von dieser neuen Einschätzung sehr überrascht war, erhob ebenfalls Beschwerde beim Landrat, erhielt aber die Anweisung, die Familien dort zu lassen. Wie wir erfahren haben, soll der unruhigste bekanntgewordene Kreisarzt Dr. Birnbaumer die Baracken auf ihre Wohnbarkeit untersuchen. Auf das Gutachten dieses Herren sind wir wirklich gespannt.

Sie verlangen vom Landrat des Kreises Höhe eine Untersuchung darüber, inwieweit bestimmte Personen an diesem schrecklichen Willkür gegen die beiden ungünstlichen Arbeiterfamilien beteiligt sind, ferner Bestrafung der Schuldigen, vollkommene Entschädigung für alle den beiden Familien entstandenen Schäden. Erst des entgangenen Arbeitsergebnisses durch die Schulden an die Betriebsen und schnellste Zuwendung einer menschenwürdigen Wohnung an die beiden Familien.

Die Preise für Schlachtvieh wurden auf dem gestrigen Viehmarkt wie folgt notiert: Rinder: Ochsen: vollfleischige jüngere und ältere 38-43; Bullen: ausgemästete höckige Schlachtwerte 44-45; vollfleischige jüngere und ältere 44-46, möglich genährt 46-50; Färse und Kühe: ausgemästete Färse und Kühe höchstens Schlachtwerts 44-46, vollfleischige Färse und Kühe 43-46, möglich genährt Färse und Kühe 42-46, Jungvieh einzeln; Fresser 46-52; Rinder: Topfender und feinste Rindfleisch 65-70, gute Rindfleisch 48-50, mittlere Rindfleisch 48-50; Schafe: Rindfleisch und jüngere Mutterküche 32-34, vollfleischiges Schafvieh 22-24, möglich genährt Schafvieh 16-18; Schweine: Ferkel über 150 Kilogr. Lebendgewicht 42-44, vollfleischige von 100-150 Kilogr. Lebendgewicht 42-44, fleischige von 75-100 Kilogr. Lebendgewicht 37-40. Die notierten Preise sind Schlachtpreise. Die Gr-

augepreise ab Verladestation sind etwa 15 bis 25 Prozent geringer. — Der Auftrieb vom 24. bis 30. Juni betrug: 105 Ochsen, 120 Bullen, 128 Kühe, zusammen 261 Rinder, 179 Färse, 452 Schafe, 1781 Schweine. — Der Marktverlauf ergab folgendes Bild: Rinder ruhig, Viehstand, Färse langsam, Schafe geräumt, Schweine langsam.

Heiratschwandler und Betrüger.

Auf eine abschließende Lebensbahn ist der einer angesehenen Familie entstammende Kaufmann Heidemann aus Danzig geraten. Er ist verheiratet und hat mehrere kleine Kinder. Es gelang ihm auch wiederholts nach dem Kriege Kaufmännische Stellungen zu erhalten, doch vorher er sie wieder infolge seines Leichtsins und der aus diesem Grunde verübten Strafaktionen. Jetzt hatte sich H. wiederum vor der Strafkammer wegen Betruges im Rückfall, Unterschlagung und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Die Betrugsfälle und die Unterschlagung ließen auf einen Heiratschwandler hinaus, den H. Ende vorigen Jahres verübte.

Zu jener Zeit mache H. die Bekanntschaft eines jungen Mädchens. Er ließ sich in dessen Familie einführen, schwieg, daß er verheiratet sei und galt schließlich in der Familie als der Verlobte des jungen Mädchens. Eines Tages hörte er sich von seinem zukünftigen Schwiegervater einen Pelz, angeblich zu einer Autofahrt nach Tiegenhof. Den Pelz verkaufte er sofort für einhundert Gulden an einen Kohlenhändler in Langfuhr. Nach dem Verlust des Bekleidungsstückes fragte, erzählte er, daß er auf der Fahrt eine Bombe erlitte hätte und den Pelz entwischen habe in Tiegenhof lassen müssen. Am Silvesterabend ließ er sich von seiner Braut eine silberne Uhr, weil er seine eigene angeblich zur Reparatur habe geben müssen. Die Uhr verlor er sofort für fünf Mark und verbrachte das Geld in der Silvesternacht. Inzwischen war ein zweiter zu einem Schwager des jungen Mädchens nach Konitz gefahren und hatte sich von diesem im ganzen vierhundert Millionen volkstümliche Mark zu angeblichem Holzeinkäuften in Gersdorff geborgt. Die Holzeinkäufe galten jedoch nur als Vorwand, um in Besitz des Geldes zu gelangen.

Der Angeklagte war vor einiger Zeit Bureauangestellter einer Fabrik in Oliva gewesen und besaß von dieser Tätigkeit her einen leeren Briefbogen mit der Firma der Fabrik. Als er dann dort schon lange eingesetzt war, bestellte er unter Benutzung des Briefformulars in einem bekannten Danziger technischen Geschäft einen Treibriemen für den Preis von etwa 120 Gulden. Da das Geschäft mit der Fabrik in geschäftlichen Beziehungen stand, so wurde der Niemen H. der mit dem mit gefälschten Unterschriften versehenen Brief dort erschien, ohne Böger übergeben. Er verkaufte den Niemen sehr bald an einen Tischlermeister D. in Langfuhr für die Hälfte des Wertes, indem er D. die Notlage seiner Familie schilderte. Nach dem Erwerb des Treibriemens befragt, gab H. an, er habe ihn für einen Landwirt gekauft, der die Abnahme des Niemens später verzögert habe. Mehr aus Mitleid gab der Tischlermeister dem H. schließlich im ganzen 60 Mark für den Niemen und geriet dadurch in den Verdacht der Schafzei, sodass auch er sich deshalb vor der Strafkammer zu verantworten hatte, jedoch freigesprochen wurde.

Der Angeklagte H. räumte sämtliche, ihm zur Last gelegten Straftaten unumwunden ein. Als Beweisgrund dafür gab er an, daß seine Frau seit längerer Zeit schwer krank sei, er sei durch drohende Not zu Straftaten veranlaßt worden. Unter Berücksichtigung der erheblichen Vorstrafen des H. und der Verwerflichkeit seines Handelns wurden ihm jedoch milde Umstände versagt. Das Urteil lautete auf eine Gesamtstrafe von zwei Jahren Büchhaus, ferner auf eine Geldstrafe von 1200 Gulden und Ehrverlust auf die Dauer von vier Jahren.

Vom Herzschlag getroffen. Der Dampfer "Glasgow" aus Lübeck, auf der Reise von Danzig nach England, traf in Helsingør ein, um die Leiche des Kapitäns Wallos an Land zu setzen, der gestern abend einen Herzschlag erlitten. Die Leiche wird nach Lübeck befördert.

Obra. Eine Gemeindevertreterschaft findet am Donnerstag, den 3. Juli 1924, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus statt. Ihr liegt nachfolgende Tagesordnung vor: Wahl eines Wohlfahrtsvorsitzers für den Bezirk 2 und Wahl eines stellvertretenden Wohlfahrtsvorsitzers für den Bezirk 8. Wahl von 2 Mitgliedern der Schuldeputation. Wahl der Gesundheitskommission (5 Mitglieder). Anträge der sozialdemokratischen Fraktion: a) Einführung der Grundrente; b) Regelung des Nahrungsmittelverkehrs; c) Ausführung der Desinfektionen. Antrag der Oberstabsküferin Meske, Schlagowski und Holl um Umwandlung ihrer Dienststellen in Inspektorstellen. Bereitstellung von Mitteln zur Bepeisung bedürftiger Kinder in den Sommerferien.

Oliva. Olivaer Marktreise vom 1. Juli: Schweinefleisch 60-70 Pf., Hammelfleisch 80 Pf., Blumenkohl 2 bis 3 Gulden, Erdbeeren 1,80 Gulden, Kirchen 50 bis 60 Pf., Kohlrabi 1/2 Mandel 1,50 Gulden, Mohrrüben 60 Pf., Rhabarber 90 Pf., Zwiebeln 40 Pf., Blundern 80 Pf., Steinbuttern 1 Gulden. Der Markt war gut besucht.

Oliva. Eine Versammlung der Gemeindevertreteren findet am Freitag, den 4. Juli 1924, nachm. 6 Uhr, in der Aula des Gymnasiums statt. Die Tagesordnung enthält u. a.: Einführung von Gemeindevertreteren. Belehrung über die Stellungnahme der Gemeindevertreteren. Belehrung über die Erhebung von Strafentnahmen für 1923. Genehmigung eines mit dem Tischlermeister Otto Panzer abzuschließenden Vertragsnachtrages betr. Lieferung von Armenjärgen. Erteilung einer ausnahmsweisen Baugenehmigung für den Architekten Konrad Diedrich für den Kaufmann Köhler; für den Bauherrn Bruno Klein. Feststellung von Gehaltsniveauen.

Goppot. Täglich Konzerte. Mit dem 1. Juli beginnen wieder die regelmäßigen Konzerte. Die Konzertzeiten sind: Vormittags täglich von 11½ bis 12½ Uhr (außer Donnerstag), nachmittags von 4½ bis 6½ Uhr, Donnerstag 4½ bis 7 Uhr, abends 7½ bis 9½ Uhr. Das Orchester wird vom Danziger Stadttheater-Orchester gestellt, das neben Eugen Schneider, der neuerwählte Kapellmeister Tutein aus Augsburg dirigiert wird.

No 18

J. Borg

BORG
Zigarette

2 Pfennig mit Goldmundstück
2 Pfennig mit Goldmundstück
die seit 25 Jahren wegen ihrer guten Qualität beliebt

Die Hygiene der Arbeitszeit.

Das Problem der industriellen Arbeitszeit findet seine Lösung in der Feststellung des tatsächlich Optimums der Arbeitszeit. Darüber macht Dr. Beyer in der Zeitschrift "Volkswirtschaft" beachtliche Ausschreibungen. Die Produktion ist abhängig vom Lohnsystem, sie wird gefördert durch die Bezahlung der Leistung. Bei einer defizitären Entlohnung muß der Erziehung des Arbeiters vorgegeben werden. Es muß daher auf die Zahl der Erkrankungen, ihre Dauer sowie auf den Zeitpunkt des Eintritts der Invalidität und des Todes geachtet werden und die Grenze, die nicht überschritten werden darf.

Wichtiger noch als das Lohnsystem ist die Dauer der Arbeitszeit. Für jedes Alter, für jedes Geschlecht, für jeden Beruf gibt es nach Beyer eine bestimmte Arbeitszeit, die nicht überschritten werden darf. Das Ziel müßte der wirtschaftliche Optimalarbeitszeit sein, das heißt eine Höchstleistung, die längere Zeit aufrechterhalten werden kann.

Der wirtschaftliche Optimalarbeitszeit darf aber die Grenze des gesundheitlichen Maximalarbeitszeit nicht übersteigen. Soll aber eine dauernde Steigerung der Produktion, und dadurch eine Befriedigung des Volkes erreicht werden, so muß Rücksicht auf den kulturellen Maximalarbeitszeit genommen werden. Dieser stellt ein Höchstmaß von Arbeit dar, in dem es dem Arbeiter gelingt, nach dem Bedürfnis nach Ruhe und Nahrung auch persönliche und kulturelle Wünsche zu befriedigen. Es muß dem Arbeiter auch die Möglichkeit gegeben werden, sich seelisch und geistig zu beschäftigen und fortzubilden. Die Leistung steigt nach Aufnahme der Arbeit schnell an, um sich dann für längere Zeit auf einer gleichmäßigen guten Höhe zu halten. Sobald aber die Ermüdung in Erhöhung übergeht, sinkt die Arbeitsleistung in schnell steiler werdender Kurve abwärts. Die durchschnittliche Tagesleistung pflegt vom ersten Arbeitstag der Woche beginnend gleichmäßig zu steigen, um am fünften Arbeitstag deutlich und am letzten Arbeitstag auffällig schnell abzufallen. Wenn die Unternehmer glauben, daß Produktionssteigerung und Arbeitszeitverlängerung zwei un trennbare Forderungen seien, so können sie nur oberflächliche Erfahrungen dazu verletzen.

Dr. Beyer verlangt die Mitwirkung der Gewerberäte und der Gewerbeaufsichtsbeamten bei der Regelung des Arbeitszeitproblems, ebenso rechnet er auf die Mitarbeit der Gewerkschaften und der Betriebsräte.

Das Maß der Arbeitsleistung ist abhängig von der Konstitution, dem Körpergewicht, Alter und Geschlecht, aber auch psychologische Momente kommen in Betracht, vor allem, ob die Arbeit mit Lust und Befriedigung ausgeübt wird. Auch ist die Arbeitsleistung abhängig von der Entwicklung der bei der Arbeit in Anspruch genommenen Organe (Muskeln, Nerven und Sinnesorgane) und von der Energie, mit welcher die Muskelaktivität aufgenommen wird. Kinderarbeit ist nach Beyer nicht nur unfizikal, sondern auch irrational, weil die kindliche Muskulatur prozentual viel weniger ausgebildet ist. Die Frau liefert im Durchschnitt nur 0,6 bis 0,7 der Arbeitskraft des Mannes.

Unter Rhythmus der Arbeit versteht man das Verhältnis zwischen Muskelaktivität und Ruhe, die Verteilung der Arbeit über die Zeit, die Unterbrechung durch Pausen, die richtige Verteilung von Arbeit und Pausen.

Die Ermüdung ist ein physiologischer Vorgang, sie tritt ein bei übermäßiger geistiger und körperlicher Beanspruchung, die Leistung wird kleiner, die Wille zu weiterer Tätigkeit wird mühsamer, die Muskeln überlastet, es treten Schmerzen auf, Mühsamkeit anderer Muskeln, das Gehirn ermüdet, die sinulichen Wahrnehmungen werden langsamer und ungenauer, die Reizempfindlichkeit auf Gesicht, Hör- und Verkünnung wird geringer. Wenn jetzt den Wärmekontakten Beachtung gezeigt wird, dann gleicht sich die Ermüdung aus, sonst tritt Nebermüdung und Erhöhung ein.

Die Zeichen der Leidens sind: Zittern, heftige Schmerzen, Vermehrung der Hitze, der Pulsdruck, Erhöhung der Temperatur, Vergrößerung des Herzens und der Leber, chronische Atmungsnot, Verstärkung der Widerstandskraft gegen Infektionen usw. Besonders aros ist die Ermüdung und Übermüdung bei der Ablaufarbeit, dem Taktorsystem, der Nebenförderarbeit und der Taktarbeit. Neuenschreie und nervöse Erregung wird auch vielfach bei Arbeitern beobachtet.

Das Recht der Arbeitszeit ist auch abhängig von der Ernährung, von der Verhinderung von Schädlichkeiten gewerbshygienischer Natur. Schwächende Ernährung und zu vermieden, vor allem übermäßiger Alkohol- und Nikotinabusus. Der Alkohol schädigt das Gehirn, beeinträchtigt die Sinne, zieht den Stoffwechsel herab, diktoniert zur Bettlichkeit. Gute Ernährung fördert die Arbeit, bei schlechter geht sie nicht von der Hand, dasselbe gilt auch von monotoner Arbeit, wenn sich der Arbeiter auch an diese gewöhnt; durch schlechte Pauschaffensfähigkeit, manchmal keine Ventilation wird ebenfalls die Arbeitsleistung beeinträchtigt. Die Nacharbeit ist besonders nachteilig für die Gesundheit, da der Schlaf am Tage dem Nachschlaf nicht gleichwertig ist. Mit der langen Arbeitstage geht parallel die Zunahme von Betriebsfällen, sie geht mit der Ermüdung, die Unfallziffern sind daher am höchsten am Ende der Woche; wenn bei einer neuinstudierte täglichen Arbeitszeit die Unfallziffer 1,1 beträgt, so steigt sie bei einer elfstündigen Arbeitszeit auf 7,9, bei einer dreizehntägigen auf 13,2. Schon günstig wirkt die Verkürzung der Arbeitsdauer auf Leben und Gesundheit der Arbeiter, wie die Statistik darlt. In den englischen Industriewerken sank zum Beispiel die Erkrankungsziffer, als die Arbeitszeit von zwölf auf acht Stunden herabgesetzt wurde, um nicht weniger als 100 Prozent. Dr. Abe in Jena saud, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden die Arbeitsleistung nicht steiner, sondern größer wurde.

Die durchgehende englische Arbeitszeit ist hygienisch nur zulässig, wenn die in der Mitte liegende Pause die Einnahme einer Mahlzeit ohne Pause gestattet, denn die völlige Einnahme der Mahlzeit fördert die Verdauung; auch ist es ein Missbrauch, die englische Arbeitszeit auf länger als acht Stunden auszudehnen. Die Vorteile dieser Arbeitsmethode bestehen darin, daß sie die Pflege des Familienlebens ermöglicht, Erholung im Freien, Kleingartenbau und Tierzucht fördert und die Fortbildung des Arbeiters erleichtert.

Amtliche Börsennotierungen.

Danzig, 1. 7. 24

1 Zloty 1,11 Danziger Gulden.

1 Dollar 5,79 Danziger Gulden.

Berlin, 1. 7. 24

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,1 Billionen Pf.

Danziger Getreidepreise vom 1. Juli (Vorläufig). In Danziger Gulden per 50 kg. Weizen 12,20, Roggen 7,75, Gerste 8,50-8,70, Hafer 7,75-8,00.

Verantwortlich für Politik i. W. Fritz Weber, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Interate Anton Roskoen, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl & Co. Danzig.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Forderungen der Kommunalbeamten. Der Verband der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens hielt in den Tagen vom 20. bis 22. Juni in Köln seinen 24. Verbandstag ab, der außerordentlich stark besucht war. Auf der Tagung wurde u. a. beschlossen, die Zahl der Erholungsheime des Verbandes zu vergrößern und für die Gewährung von Kurbeihilfen erhebliche Mittel bereitzustellen. Die weiteren Verhandlungen galten der Personalabbau-Verordnung, deren schnellste Beseitigung gefordert wurde, dem Beamtengefecht, der Beamtenbefoldung und dem Bevölkerungsübergreif.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde der zum 1. Juni getroffene Bevölkerungsregelung als besonders für die unteren Gruppen absolut ungünstig verurteilt. Eine weitere Entschließung fordert die schleunige Schaffung eines Beamtengefechts und erwartet vom Reichstag, daß er unverzüglich dazu die Initiative ergreife. Die Entschließung verlangt ferner die Neuregelung des Kommunalbeamtenrechtes, durch das die rechtliche Gleichstellung der Kommunalbeamten mit den Reichs- und Staatsbeamten geschaffen werden müsse.

Die Löhne in den Vereinigten Staaten. Bis vor kurzem war das allgemeine Lohnniveau in den Vereinigten Staaten sehr hoch und betrug ein Vielfaches des europäischen. In den letzten Wochen werden aber beträchtliche Lohnherabsetzungen gemeldet. So haben die größten Kohlengesellschaften im Pittsburgher Bezirk die Löhne um 15 bis 20 v. H. herabgesetzt, in den Textilfabriken sind teilweise Lohnherabsetzungen um 10 v. H. durchgeführt, teils solche in Aussicht gestellt. In dieser Industrie wurden bereits Lohnkürze angekündigt. Infolge des Rückgangs der Konjunktur ist nämlich kein Arbeitsmangel mehr vorhanden, weshalb in erster Linie die Löhne gesenkt werden. Allerdings zeigen auch die Preise, besonders in der Stahl- und Eisenindustrie, eine sinkende Tendenz. Sie werden aber in geringerem Ausmaß herabgesetzt als die Löhne. Angeknüpft der Konjunkturdurchgänge nehmen bereits die Fragen in bezug auf die Förderung der Ausfuhr und Drosselung der Einfahrt einen größeren Raum ein als in

den letzten Jahren, wo die Produktion beinahe gänzlich auf den inländischen Verbrauch eingestellt war. Der Metallindustrie und auch anderen Industrien, wie der Schuhindustrie, haben andere überseeische Staaten, die inzwischen ihre Metallgewinnung begannen, ihre verschiedenen Industriezweige entwickelt haben, eine Konkurrenz gemacht, die erst jetzt sichtbar wird. Auch konnte die englische Textilindustrie in den letzten Jahren in den Vereinigten Staaten ein gutes Absatzgebiet finden. Dieses soll ihnen durch Einführverbote und Schutzzoll erhöhung wieder abgesagt werden.

4½ Millionen Genossenschaftsmitglieder in England. Auf dem kürzlich stattgefundenen jährlichen Britischen Genossenschaftskongress stellte der Präsident des Kongresses, Ch. A. M. Saxon, fest, daß die britische Genossenschaftsbewegung heute einen Mitgliederstand von 4½ Millionen Mitgliedern aufzuweisen hat. Ihr auf Genossenschaftanteile eingezahltes Kapital betrug für das Rechnungsjahr 1923 rund 81 892 702 Pfund Sterling also rund 1½ Milliarden Goldmark, ihr Umsatz im Kleinhandel beläuft sich auf 169 582 957 Pfund Sterling (rund 3 Milliarden Goldmark), während zur selben Zeit der Wert ihres Vorratslagers 85 Millionen Pfund Sterling (rund 665 Millionen Goldmark), ihr Reservefonds 11 Millionen Pfund Sterling (rund 100 Millionen Goldmark) und der reine Überschuß etwas über 15 Millionen Pfund Sterling (rund 265 Millionen Goldmark) ausmacht. Die Genossenschaften beschäftigen insgesamt 183 193 Arbeiter. Zu leiden hatte die Entwicklung nur durch das Kaufen bei Privatfirmen und die zunehmende Kreditgewährung. Saxon wies ferner darauf hin, daß die Mitglieder am Ende des Rechnungsjahrs den Genossenschaften rund 8 Millionen Pfund Sterling, also rund 56 Millionen Goldmark, schuldig seien. Der Warenaustausch mit den russischen Genossenschaften hat sich gut entwickelt, so daß, wie Saxon anschwört, an die Gründung einer Internationalen gewissenschaftlichen Großhandelsgesellschaft (International Cooperative Wholesale Society) ernstlich gedacht werden kann. — Der Kongress beschäftigte sich weiter mit der Anregung einer mit Hilfe gewissenschaftlicher Kapitals zu gründenden Tageszeitung, die im Gegensatz zum "Daily Herald",

der im wesentlichen ein Kadettblatt der Arbeiterschaft sei, dem konstruktiven Sozialismus zu dienen habe. Es wurde beschlossen, auf eine solche Gründung hinzuarbeiten.

Die Arbeiterbewegung auf Kuba. Auf Kuba, das 3 200 000 Einwohner zählt, gibt es circa 150 000 organisierte Arbeiter. Am besten organisiert sind die Tabakarbeiter, Hafenarbeiter, Seefahrer, Eisenbahner und Eisenbahnaufsteller, die Schreiner und die Arbeiter der Lebens- und Gewinnmittelindustrie. Die größten Organisationen haben die Eisenbahner mit 50 000 und die Tabakarbeiter mit 20 000 Mitgliedern. Die kubanische Regierung hat es indes nicht für nötig erachtet, anlässlich der letzten Internationalen Arbeitskonferenz einen Arbeiterdelegierten zu ernennen. Als Grund führt sie das Fehlen einer eigenständigen Gewerkschaftsbewegung an. Die Arbeitergruppe hat auf der Konferenz mehrere Male wegen der Abordnung unvollständiger Delegation protestiert, und zwar mit dem Resultat, daß nun auf der in Genf tagenden Arbeitskonferenz tatsächlich ein kubanischer Arbeiterdelegierter anwesend ist.

Die entlaßene Löwin in der Flugzeugfabrik. In dem Pariser Vorort Billancourt spielte sich ein aufregender Vorfall ab. Einer erst vor kurzem in Abseilnetz gefangen Löwin, die von einem Dompteur in einem nach oben zu offenen Käfig im Hofe seines Hauses gefangen gehalten wurde, gelang es, das Gitter zu erslettern und zu entlaufen. Die Löwin begab sich zunächst auf das Nachbargrundstück, wo sie eine Riege, die ihr jedenfalls zu magen war, ruhig laufen ließ. Darauf durchlief sie mehrere Straßen und einen Platz und kam schließlich in eine Flugzeugfabrik. Dort tauchte sie plötzlich zum großen Entseken der Arbeiter in der Montagehalle auf. Ein Mechaniker rettete sich zunächst auf seine Maschine und entfloß durch ein Dachfenster, während die anderen Arbeiter auf allen möglichen Wegen zu entfliehen suchten. Um das wilde Tier nicht zu reizen, ließ man alle Motoren stillstehen. Kurz darauf erschien der Dompteur in Begleitung seines Bruders und ging mit Hilfe eines Lassos und glühender Eisenstangen die Löwin wieder ein und brachte sie in ihren Käfig zurück.

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.
Heute, Mittwoch, den 2. Juli, abends 7½ Uhr:

Erdgeist

Tragödie in 4 Aufzügen von Frank Wedekind.
In Szene gelegt von Oberspielleiter Herm. Merz.
Personen wie bekannt. Ende gegen 10½ Uhr.
Donnerstag, den 3. Juli, abends 7½ Uhr: Königs-
kinder.
Freitag, den 4. Juli, abends 7½ Uhr: Die verliegte
Racht. Schwanck.

Reparaturen an Fahrrädern

werden fabrikmäßig und
schnellstens ausgeführt

Max Ventzki
Scheibenrittergasse 4
(früher Hundegasse 36)

A N Z Ü G E N → MASS

Um auch meiner Maßkundschaft Gelegenheit zu geben, einen guten Maßanzug zu Sonderpreisen zu erwerben, fertige ich ab heute zu nachfolgenden sehr billigen Preisen

aus guter Kammgarn- und Cheviot-
Qualität, blau und farbig

185 00
G

aus besten reinwollen Gabardine- und
Kammgarn-Qualität, elegante Verarb.

200 00
G

aus nur 1a reinwollenen Gabardine- und
Kammgarn-Qualitäten, feinste Verarb.

225 00
G

Beachten Sie mein Spezialfenster!



Holzmarkt 24

Stempel & Schilderfabrik
Hering
Matzkuusche-gasse 6. 13. 93

Gefunde, 6 Wochen alte
Ferkel

stehen billig z. Verkauf
Döbra-Niedersfeld 79 Ehle

Gute Rähmaschine

umständelhalber zu verkaufen.
Grenadiergasse 34, 2 Tr. (f)

Altes Sofa

billig zu verkaufen. Sand-
grube Str. 51 b, Seitenhaus,
1. Treppe, rechts.

1 grauer Sommeranzug
Gr. 1.73, ein seidgr. Rock
owie ein Petroleumoson
zu verk. Langfuhr, Ferber-
weg 21, 1 Tr. Wiedmann. (f)

Grauer Anzug
(kl. Figur) und Cutaway
billig zu verkaufen. Reuter,
Promenade 16 (f)

Eine Glückfrau
kann sich melden bei Litsch,
Weinbergstraße 41, 1 Tr. (f)

Mädchen, das zu Hause
schläft kann,
i. kl. Haushalt für ganze
Tag genutzt Frau Lange,
Danzig, Bastion Wolf 4 d.

Handwerker
geprüfter Heizer sucht Be-
stäftigung als Portier
Wächter, Bote oder dergl.
Angebote unter Nr. 1280
an die Erped d. Volksft. (f)

Frauenwelt

Eine Halbmonatsschrift

Setze
mit familiären
Schnitten auf einem Bogen
im Heft 15 Pfennig mehr.
Diese Schnitte
40 Pf.

Zu beziehen durch:
Buchhandlung Sollwedel
Im Spandauer 6 Dantzigsgasse 22

Institut für

Pfeiferstadt
Nr. 71, 1 Treppe

2 Minuten vom
Hauptbahnhof

Zahnleidende

Durchgehende Sprechzeit von
morgens 8—7 Uhr abends
Sonntags von 9—12 Uhr vorm.
Geleitet von dem Bestreben, den höchsten Anforderungen
des zahnleidenden Publikums gerecht zu werden, be-
trachte ich es als Hauptaufgabe, jedem Zahnersatz-
bedürftigen fragegemäße Behandlung angedeihen zu lassen. Jeder
sieht selbst ein, daß aus gesundheitlichen Rück-
sichten ein Zahnersatz unbedingt notwendig ist, da zum
größten Teil alle Magenkrankheiten auf die Ursache
eines schlechten Gebisses zurückzuführen sind.

Erstklassige Ausführung in naturgetreuem, festigen-
dem Zahnersatz unter Berücksichtigung, daß die Gebisse angenehm leid sind. Repara-
tur, Umarbeitungen in einem Tage. Zahnziehen bei Bestellung
kostenlos. Kronen und Brückearbeiten in Gold u. Goldersatz.
Stützhäne usw.

Plombieren mit den neuesten Apparaten wird sehr schonend
und gewissenhaft ausgeführt.

Schmerzloses Zahnziehen betreffend wird speziell
hingewiesen auf die An-
erkennungen und Empfehlungen der vielen bisherigen Patienten.
Die Preise sind sehr niedrig. Zahnersatz pro
Zahn von Zahnziehen mit Befestigung, Plomben von
durchschnittliche Kosten je 2 Gulden an.
Zahnziehen mit Befestigung, Plomben von
Auswärtige Patienten wird möglichst an einem Tage behandelt.

Das Oberversicherungsamt Danzig hat durch seine Entscheidung vom 25. 3. 24 festgestellt, daß die Versorgung der Mitglieder und Familienangehörigen der Allg. Ortskrankenkasse Zoppot durch die angestellten Ärzte ausreichend sei. Trotzdem haben die Danziger und Zoppoter Ärzte in zahlreichen Fällen von Ohren-, Augen- und Kinderkrankheiten ärztliche Hilfe geleistet, um die Kranken vor schweren Schäden zu bewahren.

Da das humane Verhalten der Danziger und Zoppoter Ärzte von der Allg. Ortskrankenkasse Zoppot dazu benutzt wird, die letzteren dauernd und schwer in ihrer Existenz zu schädigen und eine Pflichten gegenüber Ihren Mitgliedern fortgesetzt zu vernachlässigen, haben die in der Berufsvereinigung der Ärzte der Fr. St. Danzig zusammengeschlossenen Ärzte den Beschuß gefasst, von nun an ärztliche Hilfe den Mitgliedern und Angehörigen der Zoppoter Allg. Ortskrankenkasse nur in Fällen gegenwärtiger, nur durch sofortiges Eingreifen abwendbarer Lebensgefahr zu leisten.

Die Verantwortung für die sich aus dieser Sachlage ergebenen etwaigen Schädigungen der Versicherten und die Auslastung den dafür verantwortlichen Stellen überlassen.

Berufsvereinigung der Ärzte
der Freien Stadt Danzig E. V.